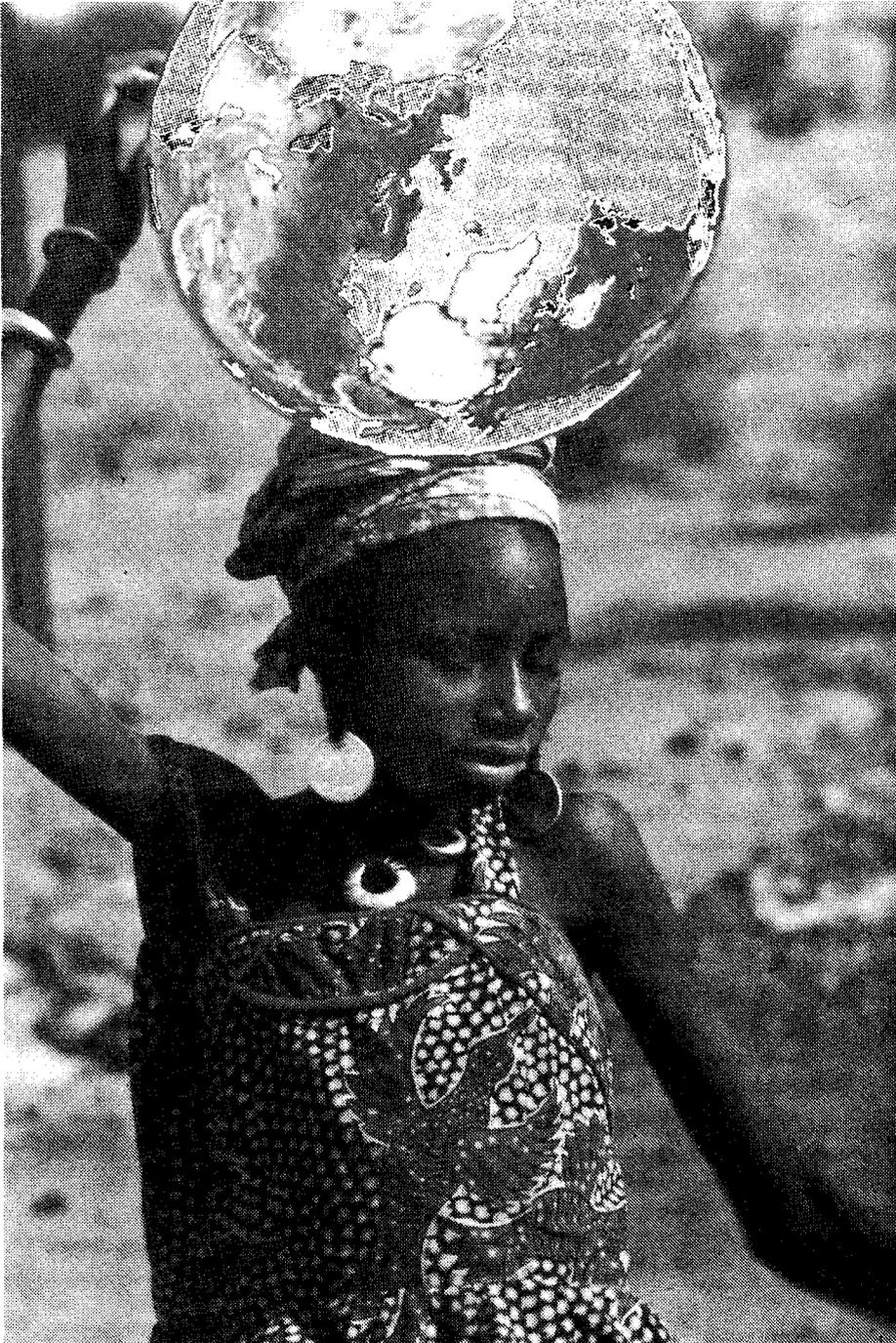


UNABHÄNGIGE Bauernstimme

März 1997 Nummer 188
1K 12858 E / 5,00 DM

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Welternährung

Wer (er)trägt wen? Der Norden mit Intensivlandwirtschaft die Ernährung des Südens oder der Süden die Wirtschafts- und Konsumgewohnheiten mit ihren negativen Folgen nicht nur für die Umwelt des Nordens?

Das „Agrobusiness“ setzt auf chemischen und technologische Intensivlandwirtschaft, auf Export und eine neue „grüne“ Revolution mittels Gentechnik. Doch sind Ertragssteigerungen zur Bekämpfung des Hungers in der sog. Dritten Welt auch ohne Chemie möglich. Darüber hinaus ist eine weltweite Ernährung nach westlichen Verzehrsgewohnheiten nicht möglich. Eine Bewertung der offiziellen Strategie der Welternährung aus der Sicht der Hilfe gegen den Hunger auf den **Schwerpunktseiten 11 bis 14**

Bewegung

Milchbauern streiten mit Sonnleitner

In Bayern schließen sich immer mehr Milchbauern zusammen, um ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen. Besonders in puncto Milchquoten streiten sie mit dem Bauernverband auf **Seite 6**

Gemeinden für neue Agrarpolitik

Die niederbayrische Gemeinde Hofkirchen hat in einer „Resolution für eine Neuorientierung der Agrarpolitik“ Bonn und München zum Handeln gegen das Höfesterben aufgefordert. Der Bauernverband hält sich raus und erntet Enttäuschung bei den Initiatoren auf **Seite 3**

Politik

Berufsgenossenschaft greift in die Tasche

Ein Wortbruch des Bundeslandwirtschaftsministers streicht den deutschen Teil der Währungsbeihilfe. Zusammen mit den Kosten für die Fusion zweier Berufsgenossenschaften in Rheinland-Pfalz sollen dort die Bauern zum Teil mehr als das Doppelte zur Unfallversicherung zahlen wie bisher auf **Seite 7**

Gegen Schauschlachtungen

Beim Umgang mit BSE sprechen sich nicht nur AbL und BUND für Verbraucherschutz und gegen Schau-Schlachtungen aus und legen ein 10 Punkte umfassendes Sofortprogramm gegen BSE und für artgerechte Tierhaltung vor auf den **Seiten 8 bis 9**

Pflanzenbau

Ernte brachte Unsicherheiten

Versuchsergebnisse über die ersten Anbauerfahrungen mit Hanf in Nordrhein-Westfalen brachten die Erkenntnis, daß die EU-Bestimmungen nicht zu den Bedürfnissen der Pflanze passen auf den **Seiten 16-17**

Natürliche Vielgestaltigkeit

Das Landschaftsbild der Pflanzenschutzindustrie schwankt zwischen schönen Worten und eindeutigen Bildern, je nach angesprochener Zielgruppe auf **Seite 18**

Saatgut und Gentechnik

Das Bundessortenamt lenkt beim Ringen um die Zulassung alter Landsorten im Saatgutverkehrsgesetz ein. Dagegen gehen Ministerien, Bauernverband und andere für die „grüne Gentechnik“ stärker in die Offensive - nicht ohne Protest, auf **Seite 15**

Weitere Themen:

Kommentar zum anstehenden Präsidenten-Wechsel beim DBV **Seite 2**; Castor-Widerstand **Seiten 2 und 5**; Binnenmarkt statt Babyschutz **Seite 19**; LeserInnenbriefe etc.

Im April ist es so weit: Nach 28 Jahren geht Baron Heereman – Gerd Sonnleitner wird als neuer Präsident des Deutschen Bauernverbandes gewählt werden. Mit Gerd Sonnleitner übernimmt ein „Wertkonservativer“ – wie er sich selbst bezeichnet – das Präsidentenamt. Ein Vertreter aus



Bayern. Bäuerliche Strukturen haben hier noch einen anderen Stellenwert, und Sonnleitner wird gehalten sein, dies auch stärker in die Debatte einzubringen, zumal es in einigen Regionen an der bäuerlichen Basis gärt. Wenn Sonnleitner von der besorgniserregenden Entwicklung auf den Dörfern durch den Niedergang der Landwirtschaft und von der gesellschaftlichen Bedeutung der Heimatverbundenheit spricht, dann ist das für ihn nicht Folklore, sondern überzeugte

Lebenseinstellung. Er hat sich einiges vorgenommen. Im Führungsstil des DBV soll es Veränderungen geben, demokratischer soll es zugehen. Er wünscht sich kein Hauen und Stechen zwischen den Landwirten. Inhaltliche Positionen sollen ausgetragen werden, auch mit Agrarminister Borchert. Geht aber eine Versöhnung zwischen agrarindustrieller Logik

KOMMENTAR

Interessen vertreten

und nachhaltiger bäuerlicher Landwirtschaft? Nicht zuletzt wegen BSE steht die Neuausrichtung der Agrarpolitik längst auf der Tagesordnung. Verschiedene Positionen, aber auch verschiedene Interessen müssen deutlich werden. Die Erwartungen an Sonnleitner sind innerhalb des Berufsstandes hoch, ein Spagat zwischen den unterschiedlichen Interessen ist vorprogrammiert. Gibt es Kompromißlinien, wenn der Flügel der „Ärmelaufkrempler“ alle Regelungen über Bord werfen und für den Weltmarkt durchstarten will, dafür aber noch schnell kleine und mittlere „fußkranke“ Höfe beseitigt sehen möchte? Reicht die Integrationskraft, um den ständig schwelenden Ost-Westkonflikt in der Landwirtschaft zu lösen, oder gibt es auch hier nur Gewinner und Verlierer?

Müssen nicht regionale Vermarktung, Umstellung auf tiergerechte Haltung, bäuerliche Selbsthilfe und Umstellung auf ökologischen Landbau ernsthaft als Perspektive angegangen und nicht als Nische behandelt werden? Wie weit will sich der Bauernverband noch auf die Risikodroge Gentechnik einlassen – mit der Gefahr, das Vertrauen der Verbraucher vollends zu verlieren? Wie geht der Bauernverband mit den neuen agrarpolitischen Tönen aus Brüssel um, mit einer immer deutlicheren Ausrichtung für eine öko-soziale Landwirtschaft?

Hier taugt die Antwort einer kontrollierten Intensivierung nicht mehr, sondern koppelt uns von den Perspektiven einer Zukunftswirtschaft ab und reitet die Landwirtschaft in die Sackgasse.

Zuschauen, wie der Bauernverband und der neue Präsident sich bei den Fragen abstrampeln, um ihnen zu gegebener Zeit in die Waden zu beißen, ist nicht unser Interesse. Wir müssen versuchen, durch konsequente Auseinandersetzung um die zukünftigen Wege die bäuerliche Landwirtschaft nicht gegen die Wand laufen zu lassen. Selbst unsere Interessen vertreten – sich als Interessenvertretung bemerkbar machen, das ist jetzt gefragt und kann spannend werden. Die Auseinandersetzung mit Heereman war eh schon langweilig geworden.

Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL

Fischler: „Zurück zur Natur“

Der EU-Agrarkommissar nutzt die Kritik

Künftig werden in Europa nur agrarpolitische Konzepte eine Chance haben, die auf Qualität setzen, Ressourcen wie Böden, Tiere und Menschen nicht ausbeuten und aus Pflanzenfressern keine Kannibalen machen“, das sagte der EU-Agrarkommissar Franz Fischler dem Wiener Kurier. Als Auslöser für solche Worte wird das „bedingte Mißrauensvotum“ des Europa-Parlaments gewertet, mit dem die ParlamentarierInnen die Kommission zu Konsequenzen aus ihrem Fehlverhalten im Zusammenhang mit BSE auffordern (siehe Seite 8/9). Die Kommission scheint den KritikerInnen den Wind aus den Segeln nehmen zu wollen.

Fischler: „Wir müssen sofort konkrete Schritte setzen. Es geht aber auch um grundlegende Reformen, um den Weg zurück zur Natur.“ Nur durch „radikale Änderungen“ könne das Vertrauen der Kon-

sumenten in das Agrarsystem und die landwirtschaftliche Produktionsweise wieder hergestellt werden. Wo Fischler sich selbst verortet sehen will: „Ich selbst fühle mich dem zukunftsweisenden Konzept einer ökologischen Agrarpolitik sehr nahe.“

Fischler weiß die Situation zu nutzen, denn er sieht sich nun „im Aufwind“ mit der Trennung von Produktion und Einkommen, d.h. einer noch drastischeren Preissenkung vor allem im Milch- und Rindersektor und der gleichzeitigen Einführung von Ausgleichszahlungen, die er nach „öko-sozialen Kriterien“ vergeben will. Für Bauern und Bäuerinnen bedeutet das eine weiter zunehmende Abhängigkeit vom staatlichen Tropf, und wer glaubt, daß die Einkommensverluste annähernd und dauerhaft ausgeglichen werden?

uj

Die zwei Agrarberichte

„Wir brauchen viele vielfältige bäuerliche Betriebe“

Drei Wochen nach Erscheinen des „Kritischen Agrarberichtes 1997“ hat nun die Bundesregierung ihren „Agrarbericht 1997“ herausgegeben. Danach war die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft im Berichtsjahr 1995/96 „insbesondere aufgrund höherer Umsatzerlöse bei Schweinen und Getreide sowie infolge höherer Preisausgleichszahlungen aus der letzten Stufe der EU-Agrarreform erfreulich positiv“. Mit knapp 50.000 DM lagen die Personengesellschaften vor den juristischen Agrargenossenschaften im Osten (38.600 DM) und den Einzelunternehmen (35.670 DM). Allerdings werden im laufenden

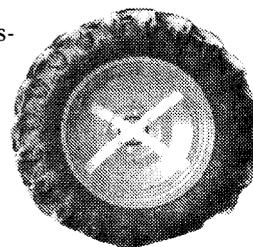
Wirtschaftsjahr 1996/97 die Einkommen schätzungsweise mit minus 2 % bis 6 % niedriger ausfallen. Der Strukturwandel ging weiter: 15.000 Höfe geschlossen, über 50.000 Arbeitskräfte „freigesetzt“. AbL-Vorsitzender Graefe zu Baringdorf kommentierte: „Wer das Höfesterben schönredet und auf Strukturbereinigung setzt, der verkennt, daß wir viele vielfältige bäuerliche Betriebe für einen sozialen und ökologischen Umbau der Landwirtschaft brauchen.“

pm

Den „Kritische Agrarbericht 1997“, der es weniger mit verschleiern Zahlen, sondern mit dem Aufzeigen von Perspektiven hält, ist im ABL-Verlag zu beziehen.

Solidarische Grüße zu 20 Jahre Widerstand im Wendland

... sendet Euch der Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Über eine Generation hinweg habt Ihr gezeigt: Wenn Recht zu Unrecht wird, dann wird Widerstand zur Pflicht. Wir sind überzeugt: Dank Eures klugen und beharrlichen Vorgehens wird die risikoreiche Atomwirtschaft an Gorleben scheitern und unser aller Einsatz für den Erhalt unserer Le-



bensgrundlagen und für ein lebenswertes Überleben erfolgreich sein. Wenn jetzt die Castor-Transporte wieder rollen sollen, dann paßt gut auf Euch auf – Ihr werdet alle noch gebraucht!

Der AbL-Bundesvorstand ruft seine Mitglieder auf, sich an den Demonstrationen gegen die Castor-Transporte zu beteiligen.

Kassel, 23.2.1997 AbL-Bundesvorstand, i.A. Georg Janßen

Gemeinden gegen Höfesterben

Aufruf an Bund und Land zu notfalls auch unkonventionellem Handeln

Mit einem für Gemeinden eher ungewöhnlichem Thema und auf ebenso nicht alltägliche Weise hat sich die niederbayrische Gemeinde Hofkirchen zu Wort gemeldet. In einer vom Rat Ende letzten Jahres einstimmig (8 Sitze CSU, 7 SPD, 2 Überpartei. Wählergem.) verabschiedeten Resolution fordert sie eine Neuorientierung der Agrarpolitik (siehe Kasten). Mehrere andere Gemeinden haben sich zwischenzeitlich der Initiative angeschlossen und ebenfalls eine Resolution nach München und Bonn geschickt. Dabei bemängelten einige betroffene Bür-

germeister, daß von Seiten der Landwirte zu wenig Unterstützung komme. Das gilt insbesondere für den Bayrischen Bauernverband, der sich bisher in keiner Weise für die Aktion eingesetzt hat. „Ich bin sehr enttäuscht über das Verhalten des Verbandes“, sagt einer der Initiatoren der Resolution, der Milchbauer Josef Kufner. „Ich denke schon darüber nach, aus dem Verband auszutreten.“ Was nicht vom Bauernverband selbst kommt, wird von diesem „ignoriert oder niedergebügelt“, kommentierte dieses Verhalten ein Teilnehmer einer Nachbesprechung, zu der

die Initiatoren, die Bauern Kufner und Josef Vogl sowie der Bürgermeister von Hofkirchen, Josef Weiß, eingeladen hatten. Einhellig war man hier der Meinung, daß das Beispiel Hofkirchen sich im Schneeballsystem ausbreiten solle. Unterstützung kam bereits vom Verband der Landwirte im Nebenberuf, dessen Vorsitzender Karl Fuchs sich ausdrücklich bei den Initiatoren für ihre Aktion, bei dem Gemeinderat für „den Einsatz für seine Bauern“ bedankte. Und auch die AbL begrüßte „dieses Signal für eine bäuerliche Landwirtschaft“.

st

Hinweis

In den in der Resolution genannten Artikeln 164 und 165 der Verfassung des Freistaates Bayern geht es um die „Gewährleistung“ zur Teilnahme der Bauern an der allgemeinen Einkommensentwicklung und um den Schutz vor Überschuldung.

Neuorientierung der Agrarpolitik

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Hofkirchen Ndb. fordert alle politisch Verantwortlichen im Bund und Land Bayern auf, sich konkret, mutig und selbstbewußt für die Erhaltung und Sicherung der bäuerlichen Landwirtschaft einzusetzen.

Wir, die Marktgemeinde Hofkirchen geben unserer Sorge Ausdruck, daß mit einem weiteren „Höfesterben“ eine nicht nur für Deutschland und dem Bundesland Bayern, sondern auch für ganz Europa unschätzbare Kultur- und Erholungslandschaft gefährdet ist, sowie eine Unzahl bäuerlicher Familien vor unlösbare Probleme gestellt sind.

Wir weisen darauf hin, daß die in Bayern vorweg bäuerlichen Familienbetriebe ein Garant dafür sind, die Bevölkerung mit qualitativ hochwertiger, rückstandsfreier und somit gesundheitlich unbedenklicher Nahrung zu versorgen.

Der Unmut über das Wegrationalisieren kleiner Betriebe zugunsten anonymer Großstrukturen ist nicht mehr zu übersehen.

Dies spiegelt sich auch in der aktuellen Medienberichterstattung.

Wir stellen fest, daß das Ausmaß der Betriebsaufgaben in der Landwirtschaft, den Bürgern nicht mehr vermittelbar ist.

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Hofkirchen fordert daher alle Verantwortlichen im Bund und im Freistaat Bayern zu entschlossenem, notfalls auch unkonventionellem Handeln auf. Darum wenden wir uns nachdrücklich an Sie als politisch Verantwortlichen, sich für die Lösung der Probleme der Landwirtschaft einzusetzen, um dieser, vom größten Teil der Gesellschaft ungewollten Entwick-

lung entgegenzuwirken.

Die Bauern brauchen Hilfe!

Wir fordern die Einhaltung der vom Freistaat Bayern in seiner Verfassung zugesicherten ARTIKEL 164 und 165.

Dabei ist nach unserer Auffassung zu beachten, daß Hilfe für die Bauern der Würde und der Wertigkeit dieses Standes Rechnung trägt.

Hiermit erklärt sich der Gemeinderat der Marktgemeinde Hofkirchen, deren Struktur geprägt ist von kleiner Landwirtschaft, mit den Landwirten solidarisch und fordert Sie, Herr Minister, nachdrücklich auf, alles zu unternehmen, um das derzeitige Drama zu beenden.

Sorgen Sie, Herr Minister, für eine Neuordnung der agrarpolitischen Kompetenzen. Die Landwirte können die gegenwärtige schwierige Situation nicht mehr mit eigenen Kräften bewältigen.

Ohne Neuorientierung der Agrarpolitik, kann diese Krise nicht mehr gemeistert werden. Die über Jahrhunderte gewachsenen bäuerlichen Strukturen werden in wenigen Jahren zerstört die gesellschaftlich nicht mehr zu rechtfertigen sind.

Eine Neuorientierung wird nur möglich sein, wenn sie alle: Politiker, Wissenschaftler, Wirtschaft und Verbraucher dessen bewußt werden, was in der gegenwärtigen Situation mit den Landwirten geschieht, der brutale Ruinierungsprozeß muß im Interesse aller beendet werden.

Bei fast allen Ldw. Produkten gibt es ständig sinkende Erzeugerpreise, auf der Ausgabenseite dagegen stetig steigende Betriebskosten. Die Agrarentwicklung ist in den letzten Jahren in einer Sackgasse gelandet.

Die Landwirtschaft in der EG darf nicht bloß zum Spielball der Industrieinteressen degradiert werden.

Unter den jetzigen Bedingungen ist es auch unserem bäuerlichen Nachwuchs kaum mehr vermittelbar und auch nicht zumutbar, auf den Ldw. Betrieben für Gottes Lohn zu arbeiten und zusätzlich einer außerlandwirtschaftlichen Arbeit nachzugehen, (sofern sie eine finden) um die ständig wachsenden Betriebsdefizite auszugleichen.

Die jungen Leute werden sich derzeit verständlicherweise von der Landwirtschaft ab. Die Folgen sind klar zu sehen: Es gibt immer weniger gut ausgebildete Betriebsleiter, erschreckend viele finden keinen Ehepartner mehr. Das Ende vieler, oft schon Jahrhunderte im Familienbesitz stehender Höfe ist eingeleitet.

Wir meinen: Das Haupteinkommen in der Landwirtschaft muß durch Bezahlung der Arbeit und Produkte gewährleistet werden (auch Landschaftspflege). Einheitliche Preise bei den unterschiedlichsten Erzeugerbedingungen und Landschaften können jedoch nur ungerechte Preise sein. Um die unterschiedlichen Produktionsbedingungen und Produktionskosten zu berücksichtigen, fänden wir die Festlegung von Grundmengen und daran angepaßte gestaffelte Ausgleichszahlungen für einen Weg in die richtige Richtung.

Reine Grünlandregionen und vom Standort benachteiligte Gebiete (die zudem oft landschaftscharakterisch, und von besonderem Erholungswert sind) müßten gesondert berücksichtigt werden.

Niemand darf jetzt seine Verantwortung auf andere abschieben, denn bald

ist es für die meisten bäuerlichen Familienbetrieben zu spät.

Die Größe der deutschen EU-Beitragszahlung muß überdacht werden, die frei werdenden Mittel national und regional zu Kompensationszahlungen für die in große Bedrängnis gebrachte heimische Landwirtschaft verwendet werden.

Wir sagen Ja zu Europa und Ja zur EWG und auch Ja zu einheitlichen Weltmarktpreisen, aber wir brauchen Regional, den Erzeugerbedingungen angepaßte, gestaffelte Ausgleichszahlungen, die dem Lebensstandard und dem Preisgefüge des jeweiligen Landes Rechnung tragen. Dies umzusetzen sehen wir als Aufgabe unserer Politik.

Eine Politik der Regionen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, zum Wohle unserer ganzen Gesellschaft.

Für den Verbraucher ergäben sich weiterhin günstige Lebensmittelpreise, für den Landwirt Angleichung an die allgemeine Einkommensentwicklung.

Die großen Schwierigkeiten in der Landwirtschaft, können bewältigt und die bäuerlichen Familien wieder eine Zukunft vor sich sehen, wenn, ja wenn wir (Politik und Gesellschaft) es nur wollen.

Diese Resolution wurde vom Marktgemeinderat der Marktgemeinde 94544 Hofkirchen/Niederbayern einstimmig beschlossen.

gez. Josef Weiß, 1. Bürgermeister

Wir machen die Grenzen dicht

Rund tausend Tierschützer aus Österreich und Bayern haben Mitte Februar an mehreren Autobahn-Grenzübergängen gegen internationale Tiertransporte protestiert. Unter dem Motto „Wir machen die Grenzen dicht“ blockierten sie vorübergehend den Autobahngrenzübergang bei Salzburg, an anderen Übergängen fanden Mahnwachen statt. Die VertreterInnen von über 30 Organisationen forderten die Streichung der EU-Subventionen für Lebendviehtransporte, generell schärfere Transportbestimmungen sowie die Beschränkung der Transportdauer bis zum nächstgelegenen Schlachthof (maximal vier Stunden). Von Schönwald an der tschechischen Grenze über Passau und Freilassing bis Lindau am Bodensee beteiligten sich u. a. SPD und Grüne im bayrischen Landtag, die österreichischen Grünen, Tierärzte und der Weihbischof von Salzburg an dem Aktionstag gegen die „europäische Kulturschande“ Lebendvieh -bzw. Schlachtiertransporte.

Kraft verärgert französische Bauern

Die Firma Kraft hat mit ihrem Frischkäse „Roquefort Philadelphia“ die französischen Erzeuger von Roquefort, dessen Name auf EU-Ebene herkunftsgeschützt ist, verärgert. Bereits 1994 brachte Kraft den Frischkäse „Philadelphia mit Roquefort“ mit einem Bestandteil von 8% Roquefort auf den Markt. Und jetzt die neue Variante mit vier kleinen Bildchen von Roquefort auf der Verpackung. Für die Europäische Bauernkoordination ein weiteres Beispiel, wie die Agro- bzw. Nahrungsmittelindustrie die Verbraucher täuscht. Die französischen Erzeuger bzw. die Herstellerfirma Besnier wollen noch im Februar über Schritte gegen „diesen Mißbrauch“ entscheiden.

Fahrverbot für italienische Traktoren

Die von der EU verhängten Strafgebühren gegen italienische Bauern wegen der Überschreitung der Milchquoten haben bei diesen zu heftigen Protesten geführt. Straßenblockaden in ganz Italien führten zu zahlreichen Störungen und Behinderungen des Verkehrs. Aufgrund von Blockaden des Flughafens in Rom wurden Flüge gestrichen. Schließlich verhängten die römischen Behörden ein Fahrverbot für Traktoren. Die Regierung kündigte an, den Bauern günstige Kredite zu geben, ließ aber keinen Zweifel daran, daß die Strafen gezahlt werden müssen. Für einige Bauern soll es um mehrere hunderttausend Mark Strafe gehen. Von den gut 100.000 italienischen Milchbauern sind 14.800 von Strafgebühren betroffen. Den Zorn der Bauern löste aber auch das Chaos der italienischen Milchmarktverwaltung aus. Die Zahlen über mögliche und tatsächlich abgelieferte Milch sind für sie ein einziges „Lügengebäude“. Italien darf laut EU nur 60% des eigenen Milch-Verbrauchs erzeugen.

Aufruf gegen Jugendarbeitslosigkeit

Die niedersächsische Landjugend hat die Gesellschaft, die Wirtschaftsverbände und die Betriebe aufgefordert, sich jetzt aktiv gegen die wachsende Jugendarbeitslosigkeit einzusetzen. Sie liegt in Niedersachsen bei 11% und damit über dem Bundesdurchschnitt. Neben einer Vielzahl von Maßnahmen (verstärkte Investitionen im ländlichen Raum, steuerliche Vorteile für Ausbildungsbetriebe, verstärkte Existenzförderung etc.) fordert die Landjugend auch die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe. Arbeitslosigkeit dürfe nicht als Versagen einer Einzelperson gesehen werden. Die Jugendlichen werden aufgefordert, Bereitschaft zu einer Ausbildung und zur Qualifizierung zu zeigen. Denn, so die Landjugend: Berufliche Qualifikation ist nicht alles, aber ohne berufliche Qualifikation ist alles nichts.

Kirche erwägt Boykottaufruf

Einen Boykottaufruf gegen Hersteller von Babynahrung erwägt die anglikanische Kirche laut einem Bericht der Times. Die „Kirche von England“ und verschiedene Wohlfahrtsorganisationen haben in einer Untersuchung herausgefunden, daß bei der Vermarktung von Trockenmilchprodukten in Ländern wie Bangladesch, Polen, Südafrika oder Thailand nicht genug betont wird, wie wichtig Muttermilch für Kinder ist. Hinzu kommt, daß die Firmen ihre Produkte dort äußerst aggressiv vermarkten, mit Hilfe von Kundengeschenken wie Kugelschreibern oder Schreibblöcken. Und, anders als in Deutschland, wird dort nicht auf das Gesundheitsrisiko für die Babys durch Trockenmilch hingewiesen. Laut Weltgesundheitsorganisation könnten viele der 1,5 Mio. Kinder, die jährlich in Entwicklungsländern sterben, überleben, wenn sie lange genug gestillt würden.

KURZES AM RANDE

„Nicht wie der Wind steht, sondern wie wir die Segel setzen, darauf kommt es an“

Gerd Coldewey und Horst Seide scheiden nach langjähriger Arbeit aus dem AbL-Landesvorstand Niedersachsen aus.

Frischer Wind für die AbL in Niedersachsen: Auf der Jahreshauptversammlung Anfang Februar in Loccum wurde nicht nur eine Mitgliederbefragung von 1996 vorgestellt, sondern auch ein sehr junger Landesvorstand(LV) gewählt, der nunmehr versuchen wird, die Vielzahl an Vorschlägen für die zukünftige Arbeit umzusetzen. Schwerpunkte: Einen Mitgliederrundbrief erstellen und regelmäßige themenbezogene LV-Sitzungen abhalten.

Zu Beginn der Sitzung machte der AbL-Bundesvorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf noch einmal deutlich, daß die BSE-Krise von der Agraropposition genutzt werden müsse. Das Wort „Opposition“ aber läßt er nicht mehr gelten: Mit der Forderung nach bäuerlicher Produktion gesunder Nahrungsmittel könne die AbL längst die Mehrheit in der Bevölkerung hinter sich wähen. Der Stimmungswandel müsse aber zu politischen Erfolgen führen.

Inhaltlich waren die Ergebnisse weitgehend deckungsgleich mit den Vorschlägen, die eine Mitgliederbefragung 1996 erbrachte (15% hatten geantwortet). Sibylle Bahrmann stellte diese vor. Am meisten Interesse bestand an den Themen Tierschutz bzw. artgerechte Tierhaltung, Vermarktung (auch regional), nachhaltige Produktion sowie Kommunikation zwischen Stadt und Land (Öffentlichkeitsarbeit).

Betriebliche und familiäre Überlastungen waren der Hauptgrund, warum sich laut Befragung die Mitglieder nicht stärker in der AbL engagieren. Gefordert wurden spektakuläre Aktionen, bei denen direkte Interessen aufgegriffen werden. Bahrmann forderte, die Arbeit des Vorstandes müsse verbindlicher werden und verabredete Strategien müßten einer Erfolgskontrolle unterzogen werden.

Es folgte die Verabschiedung des alten und die Wahl des neuen Landesvorstandes. Mit tosendem Applaus wurde Gerd Coldewey und (in Abwesenheit) dem bisherigen Landesvorsitzenden Horst Seide für ihre langjährige Vorstandsarbeit gedankt. Auch Hans-Georg Buckendahl schied aus. Der neue Vorstand wird angeführt von Hans Martin Rabeler, 29, aus Winsen/Luhe. Er bewirtschaftet einen Milchviehbetrieb in Umstellung. Wiedergewählt wurden Sibylle Bahrmann aus Luttmissen (jetzt stellvertretende Vorsitzende) und Ulrike Helberg-Manke aus Kirchlinteln. Weitere Beisitzer sind der 24jährige Andreas Backfisch, Biogärtner aus Göttingen und Jürgen Strodthoff, 28, Student der Agrarwissenschaften aus Oldenburg.

Übrigens: „Arschritte und Zeit zur Diskussion“ gäbe es in Loccum, hieß es in der Einladung, zumindest vom Zweiten gab es eindeutig zu wenig. Auch dies sollte der neue Vorstand ändern. *mab*



Der neue Vorstand: (v.l.) Andreas Backfisch, die stellvertretende Vorsitzende Sibylle Bahrmann, der Vorsitzende Hans-Martin Rabeler, Jürgen Strodthoff und Ulrike Helberg-Manke. Foto: Sönke Manns

Trecker gegen Castor

Zum 3. Mal soll Atommüll nach Gorleben, sich querstellen lautet die Devise.

Auch symbolisch sind sie Zugpferde der Bewegung, die Trecker mit ihren Fahrerinnen und Fahrern der bäuerlichen Notgemeinschaft Lüchow-Dannenberg. Das soll besonders deutlich werden, wenn am 3. oder 4. März der dritte Castortransport durchs Wendland zum atomaren Zwischenlager nach Gorleben rollt. Sie wollen nicht, wie am letzten Tag X, abseits von der Transportstrecke auf einer versteckten Wiese von der Polizei lahmgelegt werden oder auf Kundgebungen nur in Nebenstraßen stehen. Deshalb ist diesmal am Sonntag, den 2.3. die große Stunkparade, zu der rund 300 Trecker und 20 geschmückte Wagen erwartet werden, vor dem Endlager in Gorleben geplant. Danach verteilen sich Menschen und Trecker auf Camps entlang der Transportstrecke. „Damit sind wir schon einen Tag eher da und selbst wenn wir

dann am Tag X nicht direkt auf die Straße kommen sollten, sind wir wenigstens in Sichtweite“ so Susanne Kamien von der Bäuerlichen Notgemeinschaft. Außerdem wurde in einem offenen Brief Niedersachsens Landwirtschaftsminister Funke aufgefordert, Stellung für die Bäuerinnen und Bauern mit ihrem Widerstand zu beziehen. „Wir sind genug geißelt mit Schweinepest und BSE, unsere bäuerliche Existenz ist bedroht, und wenn unser Boden erstmal atomar verseucht ist, ob durch Störfall oder schleichend, kommt nicht nur das große Höfesterben, sondern auch der Leukämietod für unsere Kinder und Enkel.“ heißt es da. Die Tatsache, daß radioaktive Strahlen nicht vor Kreisgrenzen Halt machen, ließ vor etwa einem halben Jahr im Nachbarkreis die bäuerliche Notgemeinschaft Uelzen entstehen. Mit 15 Treckern unter-



stützten sie am 15.2. den Schienenaxions-tag auf der Stoetzer Brücke, die die Bahnstrecke von Uelzen nach Dannenberg überspannt. (siehe Fotos) Auf dieser offiziell stillgelegten Bahnstrecke rollten die beiden Castortransporte zum Verladekran nach Dannenberg. Der Wunsch, auch im Landkreis Uelzen etwas zu bewegen, läßt so manchen trotz offener Treckerkabine und Schietwetter einen recht langen Anfahrtsweg in Kauf nehmen. Dafür entlohnen einige, freudig winkende, Sympathisanten am Straßenrand. So befand denn auch einer der Bauern, daß es „ein gutes Gefühl“ sei mit plakatierten Treckern durch die Dörfer zu rumpeln und für die eigenen Ideale einzustehen. Noch hat die bäuerliche Notgemeinschaft Uelzen erst rund 30 Mitglieder, wenig Geld und kaum Demoerfahrung. Aber wenn der Castor kommt, sind sie dabei, vielleicht schon mit ihrem eigenen Emblem, der Eule, Wahrzeichen der Stadt Uelzen und Symbol der Weisheit. *ei*

Leute, kommt ins Wendland und stellt Euch mit uns quer!

Es kommt auf jeden Einzelnen an!

Kontakt:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

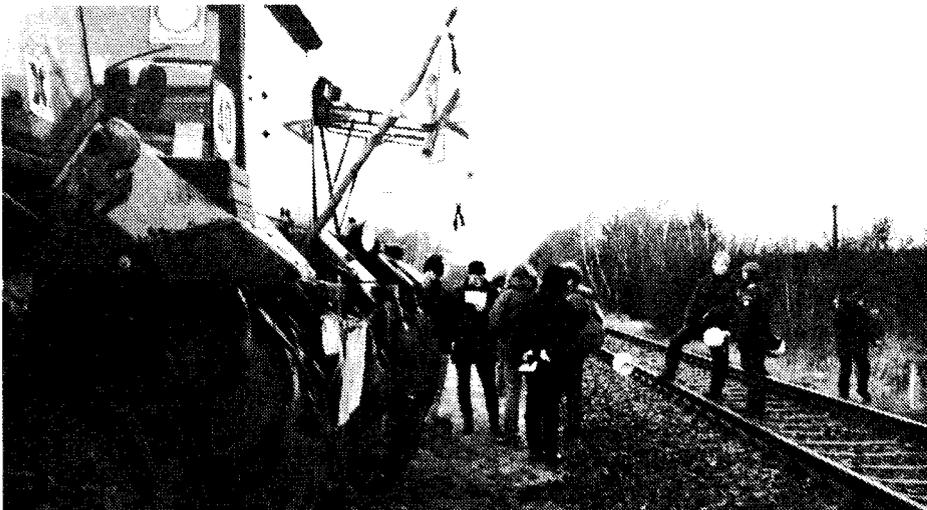
☎ 05841/4684,

Bäuerliche Notgemeinschaft Lüchow-Dannenberg

Susanne Kamien

☎ 05841/1829

Fotos:ei



Mit Energie für Alternativen

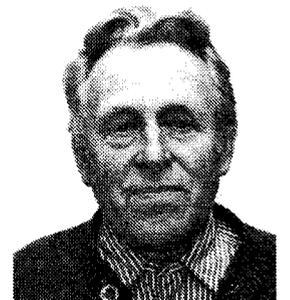
Vom Versuch politische Unterstützung für alternative Heizmethoden zu bekommen

Ich bitte Sie, als gewählte Vertreter unserer Region, über zukunftssträchtige Formen der Nahwärmeversorgung nachzudenken, um auch unseren Kindern ein Leben ohne die drohenden Gefahren der Klimakatastrophe und ohne mögliche Verteilungskämpfe um schwindende fossile Energiequellen zu ermöglichen“, schrieb Claus Mahrt-Thomsen von der Internationalen Vereinigung zur Förderung nachwachsender Rohstoffe/Energiepflanzen e.V. (INE) aus aktuellem Anlaß an verschiedenste offizielle Stellen, wie u.a. Gemeinde-, Kreis-, und Landtag in Schleswig-Holstein. Der Energieversorger des Landes, die Schleswig, versucht zur Zeit, die Dörfer der Gemeinde, in der Mahrt-Thomsen lebt, mit Erdgas-

anschlüssen zu versehen. Dabei werden die Erdgasreserven ähnlich schnell erschöpft sein wie die, des momentan noch verwendeten Öls, außerdem verringert die Erdgasverbrennung die CO₂-Immision nicht im wünschenswerten Umfang. Mahrt-Thomsen fordert deswegen vom Amtsvorsteher seiner Gemeinde ebens, wie von Landtagsabgeordneten und Bauernverbandsvertretern Unterstützung für, zumindest die Einbeziehung, wenn schon nicht die völlige Umsetzung, von Nahwärme -bzw. Biomasse-Konzepten. Knickholz könnte sinnvoller vor Ort verheizt werden, anstatt es, wie momentan praktiziert, an Heizwerke in Dänemark zu verschenken. Dänemark gilt als Beispielland im Biomasseenergiebereich, bei

Apenrade z.B. entsteht zur Zeit das größte Strohkraftwerk Europas. Mitinhaberin ist übrigens die Preußenelektra, die offensichtlich mit zweierlei Maß mißt: Was in Dänemark Unterstützung erhält, wird in Deutschland blockiert.

Bis auf die FDP antworteten alle Landtagsfraktionen auf die Schreiben Mahrt-Thomsens. Die Reaktionen sind positiv, gleichzeitig wird aber auch klar, daß es die Schleswig letztendlich in der Hand hat, durch ihre Kostenkalkulation, das eine oder andere Konzept für die Bürger attraktiv zu machen. Der Bauernverband hat enttäuschenderweise noch nichts von sich hören lassen. *ei*



Claus Mahrt-Thomsen, Internationale Vereinigung zur Förderung nachwachsender Rohstoffe/Energiepflanzen e.V. (INE), ☎ 04353/326

Milchbauern vertreten sich selbst

In Bayern streitet die Basis mit dem Verband, vor allem um die Quote

Legefabrik in Neubukow

Im Hinterland der mecklenburg-vorpommerschen Ostseeküste (westl. von Rostock) wehren sich Bürgerinitiativen im Verbund mit Gemeinden gegen den Bau einer gigantischen Legebatterieanlage. Mit fast 800.000 Hühnern, über acht Etagen in sechs 11 m hohen Hallen jeweils zu fünf in Käfigen zusammengepfercht, soll die Anlage der Antragstellerin „Mecklenburger Frischei GmbH & Co. Farmanlagen KG“ mit Abstand die größte Eierfabrik Europas werden. Laut SPIEGEL soll einer der Eigentümer der Frischei GmbH der altbekannte Paul Schockemöhle sein, der das jedoch bestreite. Der Protest von 20 Organisationen richtet sich zum einen gegen die tierquälerische Haltung der Hühner, zum anderen gegen die Belastungen für die Umwelt durch die 20.000 t Trockenkot/Jahr sowie durch die Abluft mit starker Ammoniak-, Staub- und Keimkonzentration und entsprechendem Krankheitsdruck. Die Stadt Neubukow hatte mit dem Argument der 65 versprochenen Arbeitsplätze das Projekt gerechtfertigt. Jetzt steht noch die Genehmigung nach Bundeslmissionschutzgesetz aus, über die das Staatlichen Amt für Umwelt und Natur in Rostock wahrscheinlich im März entscheiden will.



Der designierte Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Gerd Sonnleitner, bekommt Druck von seiner eigenen Basis in Bayern. Gleich an mehreren Stellen haben sich Milchbauern zusammengeschlossen: 600 zur Aktionsgemeinschaft *Noch produzierende Landwirte*, weitere mehrere Hundert zur *Interessengemeinschaft Milchviehhalter Oberbayern* und etwa 100 Landwirte im *bayerischen Allgäu*.

Bundesweite Aufmerksamkeit erzielten sie zusammen während des Politischen Aschermittwochs der CSU in Passau, als sie Ministerpräsident Stoiber und Minister Waigel mit Pfiffen und Sprüchen wie „Waigel und Co. schlagen die Bauern k.o.“

AbL Allgäu

Wir dürfen unsere Interessen nicht delegieren, sonst sind unsere Regionen verloren und verkauft! Auf der ersten Veranstaltung der neuen AbL-Regiongruppe Allgäu ermunterte Wolfgang Reimer, stellvertretender Bundesvorsitzender der AbL aus Gaildorf, die gut 60 Bauern und Bäuerinnen im Saal, sich einzumischen in die politische Diskussion über die Zukunft der Landwirtschaft. Derzeit sei eine Umstrukturierung der EU-Agrarpolitik im Gange, was prinzipiell auch Chancen biete. Nur: „Wir müssen uns rechtzeitig einmischen.“

Wolfgang Reimer war einer der Gastreferenten, die die Regionalgruppe nach Waltershofen geladen hatte. Schwerpunkt der Diskussion bildete die Milch und hier vor allem die Milchmarktregelung nach Auslaufen der jetzigen Quotenregelung. Die Allgäuer machten ihre Position deutlich: Um den Milcherzeugern wie den Quotenabgebern in Zukunft besser gerecht zu werden, sei ein Poolsystem mit strengen Regularien denkbar. Auf jeden Fall aber müsse gewährleistet sein, daß auch kleine und mittlere Betriebe in weniger günstigen Regionen an eine Milchquote kommen können, daß ferner Umweltsichtpunkte einbezogen werden und daß vor allem die Überschüsse abgebaut werden, die trotz Quotenregelung auf den europäischen Markt und damit auf den Preis drücken.

Die Regionalgruppe Allgäu ist aus dem „Verband für den Erhalt klein- und mittelbäuerlicher Familienbetriebe e.V.“ hervorgegangen, der sich zum Jahresende 1996 aufgelöst hat. Wolfgang Reimer hieß im Namen der AbL den Verband und seine Mitglieder in der AbL herzlich willkommen.

M. Heubuch

Kontakt: Fidel Netzer, Bimisdorf 4, 88239 Wangen, ☎ 07522-21378

oder „Kohl regiert, Brüssel diktiert, Bauer krepirt“ begrüßten.

Aschermittwoch bei Theo

Der Deutsche Bauernverband schreibt hinterher: „Organisiert wurde die Demonstration vom Bezirksverband Niederbayern des Bayerischen Bauernverbandes.“ Spricht man mit den oben genannten Zusammenschlüssen der Basis, dann hört sich das anders an: „Die haben sich erst hinterher drangehängt. Organisiert wurde das von den 'Noch produzierenden Landwirten'. Freilich, viele der Aktiven dort bekleiden auf Kreis- oder Ortsebene auch Ämter im Verband. Doch mit den Positionen des Verbandes – besonders was die Milchquote angeht – sind sie nicht mehr einverstanden.“

Denn der Verband hat sich weitgehend auf das „Westfälische Modell“ geeinigt, das diejenigen zum Verkauf ihrer Quoten innerhalb eines Jahres zwingen soll, die die Milchviehhaltung einstellen; das Verpachten solcher Quoten soll wegfallen. Die „Noch produzierenden Landwirte“ wollen nicht glauben, daß der Quotenkaufpreis durch die dann massiv auf den

Markt drängenden Quoten bezahlbar würden. Vielmehr warnen sie davor, daß dann mit einem Schlag die jetzt gepachtete Quote gekauft werden müßte. Selbst bei einem Quotenpreis von nur 50 Pfg./kg müßten 5 Mrd. DM aufgebracht werden!

Forderungen

Die Basis ist sich allerdings auch noch nicht ganz einig. Während die Interessengemeinschaft an einer Milch-Mengenbegrenzung festhält, fordern die „Noch Produzierenden“ die Abschaffung jeglicher Quotierung. Statt dessen soll eine Tierhaltungs-Obergrenze von 2,5 GV/ha gekoppelt mit einer Grünlandprämie von ca. 700 – 800 DM/ha kommen, was den Anreiz zur Mengensteigerung nehmen würde, so ihr Modell. Dabei schlagen sie eine Prämien-Obergrenze von max. 50.000 DM pro sozialversicherungspflichtiger Arbeitskraft vor.

Ihre Ziele sind ein vernünftiges Einkommen auch für die kleineren und mittleren Betriebe in den klassischen Grünlandregionen, um dort den Druck zum Strukturwandel zu nehmen. Auch im Bauernverband wollen sie dafür weiter streiten. *uj*



Foto: Alexis Hartmann, Neue Westfälische Höxter

Protest gegen „Kaiser's“ 50-Pf-Milch

Wenn Milch zu Dumping-Preisen verschleudert wird, dann haben wir bald keine bäuerliche, sondern eine industrielle Milchwirtschaft – mit allen Folgen! So der Initiator eines spontanen Bauerprotestes, Willi Happe (60 Milchkühe). Jeweils rund 25 Milchbauern protestierten am Samstag, 22. Februar, vor den „Kaiser's“-Filialen in den westfälischen Kleinstädten Höxter und Bad Driburg und kauften deren Milchbestände

auf 50 Pfennig für einen Liter Milch! Mit der norddeutschen Sonderaktion der zur Tengemann-Gruppe gehörenden Kaiser's Kette sollte eigentlich normale Kundschaft angezogen werden, gekommen sind aber Bauern mit Traktoren und Transparenten. Die Bauern kauften die Milch auf und verschenkten sie an ein Altenheim. Der sechsjährige Junge vor der Pappkuh weiß worum es geht: „Ich will auch mal Kühe melken!“

Wortbruch und Fusion – Beitrag zur Unfallversicherung verdoppelt!

Bonn streicht Währungsbeihilfe. In Rheinland-Pfalz kommen Kosten für Fusion hinzu.

Ein Beitrag von Heiner Simon, Winzer in Rheinhessen

Der frostige Januar war für die rheinland-pfälzischen Bauern und Winzer gerade überstanden, da kam eine eiskalte Dusche in Form von Beitragsbescheiden der Berufsgenossenschaft. Beitragserhöhungen von 100% bis 300%. Hui, das schockt! Am Aschermittwoch gehts zur Bank zum Überweisen. Anschließend ist längeres Fasten angesagt, denn in welche Tasche soll der Bauer noch greifen?

Ende Januar wurden die Bescheide zugestellt, Fälligkeit 15. Februar. Nächstes Jahr schickt die Verwaltung bestimmt ihre Leute raus, um bar abzukassieren. Von den diesjährigen Einnahmewüchsen werden sicherlich die Geldeintreiber eingestellt und mit der notwendigen Schutzkleidung versehen.

Was geht da eigentlich ab in Rheinland-Pfalz? Der nördliche Landesteil wurde bisher von der Rheinischen Berufsgenossenschaft Düsseldorf mitbetreut, während für den südlichen, mehr Weinbaulich orientierten Raum, die Berufsgenossenschaft ihren Sitz in Speyer hatte. Das hatte sich auch bewährt, weil diese Form den unterschiedlichen Produktionsrichtungen angepaßt war. Dann, 1995, wollte sich ein in vielen berufsständischen Vorständen eingeschriebener CDU-Bundestagsabgeordneter namens Schartz ein Denkmälchen bauen, oder vielleicht ein Sesselchen, indem er im Rahmen des Agrarsozialreformgesetzes eine Berufs-genossenschaft mit einheitlicher Beitragsregelung für Rheinland-Pfalz forcierte. Überhaupt, muß nicht jeder Gebührenzahler und jede Gebührenzahlerin bei dem Wort „Reform“ aus Politiker- und Politikerinnen-Mund noch mal schnell sich die Münzen im Portemonnaie anschauen, bevor die auch noch weg sind – siehe Rentenreform. So ändern sich Zeiten und Bedeutungen...

Der Herr Professor

Also diese Reform sollte die Verwaltung auch „verschlanken“ und billiger machen. Das will ja auch ein Professor Köhne aus Göttingen in top agrar 2/97. Dem sind nicht nur die 20 Berufsgenossenschaften zuviel, nein, auch den bäuerlichen Rentnern will er an den Kragen. Er nennt sie „Ruheständler“ im Gegensatz zu den „aktiven Landwirten“! Als ob die Altenteiler nichts mehr arbeiten würden. Im Gegenteil, sie müssen sogar noch, um den Betrieb mitzuerhalten. Und wenn sich die Oma um die Enkel kümmert, damit die Betriebsleiterchefrau zwecks notwendigem Zuverdienst arbeiten gehen kann.

Das sind alles gesellschaftlich-wirtschaftliche Leistungen, Herr Doktor Köhne. Aber ich kann ihn ja verstehen, den Herrn Professor, seit 20 Jahren sitzt er als Papierjäger auf die Kleinbauern an. Und selbst jetzt, da sie alt sind, kann er nicht von ihrer Spur lassen und will in ihre Kehlen beissen. Hier redet einer, der sich seines wohlbetuchten Ruhestandes sicher sein kann, das Wort den Agroyuppies, die jeden, der nur halb so alt ist wie ihr kleinster Traktor an PS hat, mit ihrem größten Traktor plattfahren möchten – in ihrem Durst nach Beute, diese Habebalds. „So leere Händel, das sind Possen. Damit verdirbt man seinen Tag. Im Nehmen sei nur unverdrossen, nach allem anderen frag hernach“ (Faust II). Das ist doch Ihre Quintessenz, Herr Köhne! Räuberischer Agrarkapitalismus halt.

Bauernverband eiert

Aber eines muß man dem Manfred Köhne zugute halten: Er redet mit einer Zunge. Das kann von den Bauernverbandsfunktionären in der aktuellen Situation mit der Berufsgenossenschaft niemand behaupten. Sie haben mehr Zungen als Ohren und Hirn. Wurde nicht mit ihrer Zustimmung in der Vertreterversammlung am 10.12.96 das neue Beitragsgefüge beschlossen, u. a. die Verdoppelung des Hebesatzes? Und dann ging alles so schnell, da war doch schon vorher was im Busch. Und niemand hat was gehört?

Aber ausgesprochen kleinkariert und stammtischorientiert ist es jetzt, wenn im Süden die Meinung geimpft wird, die Beitragserhöhungen seinen durch das Hinzukommen der strukturschwachen nördlichen Gebiete verursacht, während im Norden das Gerücht herumgeistert, die Milchbauern müßten für die kleinstrukturierten Sonderkulturbetriebe aufkommen. Das ist Spaltung und Verschleierung. Sollen jetzt die Bauern untereinander die Einkommensunterschiede ausgleichen? Wenn ja, dann bräuchten wir keinen Staat und erst recht keine Berufsgenossenschaft (eine private Unfallversicherung wäre billiger). Oder werden wir nur aufeinandergehetzt. Divide et impera, teile und herrsche. Ist bekannt.

Nicht nur Vertrauensbruch

Andererseits jetzt alles auf einen „Vertrauensbruch“ der Bundesregierung zu schieben, die ihren hälftigen Anteil der Sondermittel von der EU gestrichen hat, ist naiv. Wer hat schon Vertrauen in die Bundesregierung? Die EU scheint zuver-

lässiger zu sein. Dieser Bundesanteil war als Ausgleich für die Aufwertung der DM im europäischen Währungssystem über berufsgenossenschaftliche Beitragsentlastungen verteilt worden. Die EU hatte sich verpflichtet, die Hälfte der Höchstzuschüsse zu übernehmen. Die Bundesregierung in ihrer rigorosen Sparwut hat nun darauf verzichtet, den EU-Anteil entsprechend aufzustocken. Das ist kein starker Ausgangspunkt für zukünftige



Mit solchen Strohfiguren wurde im „heißen Herbst“ 1995 um einen Ausgleich der währungsbedingten Einkommensverluste gekämpft. Nun bricht Borchert seine Zusage.

Deutlich höhere Beiträge zur Berufsgenossenschaft

Bundesweit erhöhen die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften die Beiträge der Bauern zur Unfallversicherung. Während in Rheinland-Pfalz die Beiträge im Einzelfall sogar auf mehr als das Doppelte steigen (siehe nebenstehender Bericht), wird bundesweit von einer Erhöhung um 5 bis 10 Prozent gesprochen. Spielt in Rheinland-Pfalz wohl auch die Fusion zweier Berufsgenossenschaften eine Rolle, so gilt bundesweit die Streichung der Währungsbeihilfe des Bundes als Hauptgrund. Diese Hilfe war 1995 zum Ausgleich der Einkommensverluste der deutschen Landwirtschaft aufgrund der Aufwertung der sogenannten „grünen“ DM um 2,2% eingeführt worden. EU und Bundesregierung versprachen damals eine „Währungsbeihilfe“ für drei Jahre. 1997 sollten beide jeweils 132 Mio. DM bereitstellen. Borchert hat seinen Part nun gestrichen. Schon wird auch über die „regulären“ Mittel aus Bonn zur Senkung der Beiträge (1997: 615 Mio. DM) diskutiert.

Verhandlungen in Brüssel, wenn Borchert schon jetzt die Bauern aufgibt. Zudem wird er wohl aus der Ministerratskantine gleich zu McDonald's geschickt. Und weil er so wenig von Währungsentwicklungen versteht, muß er seine Chiklen Nuggets bestimmt mit Dollars bezahlen. Die DM wird schwächer, entsprechend niedriger werden auch die Ausgleichsbeiträge für die Bauern ausfallen (dafür steigen die Erlöse der Agrarexporture), die Briten wollen ihre Tierkörperverwertung finanziert haben und die Franzosen über Rindertötungen ihre Schlachthöfe sanieren. Nur, die britischen Futtermittelfirmen gehören nicht den britischen Bauern und die französischen Schlachthöfe nicht den französischen Bauern. Ebenso wenig wie der kleine deutsche Rinderhalter etwas an den in-nereuropäischen Rahmenverschiebungen verdient. Außerdem ist dieses Jahr kein Wahlkampf, da gibt es kein Geld für den Bauern, das weiß doch jedes Huhn auf dem Mist, weshalb es vorm Schlachttag in den Kochtopf pisst. Oder wie?

Widerspruch einlegen!

Der ABL-Regionalverband Eifel hat den rheinland-pfälzischen Bauern empfohlen, gegen den Beitragsbescheid der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Widerspruch einzulegen. Denn in vielen Fällen hat sich der Beitrag gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt, was in keinem Verhältnis zur Einkommensentwicklung steht. „Es ist zu befürchten, daß hier die Neuordnung der landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger erste Früchte zeigt“, kommentierte der Sprecher des ABL-Regionalverbandes Alfred Hauer.

Verbraucherschutz statt Schau-Schlachtungen

AbL und BUND fordern Verbot von Tiermehlverfütterung und einen BSE-Untersuchungsausschuß im Bundestag.
EU-Parlament spricht der Kommission „Mißtrauensvotum auf Bewährung“ aus.

„Die Schöne“ fraß Bescheid

Gegen die „sinnlose Tötung“ seiner Highland-Rinder protestierte der Bremer Landwirt Thomas Warnken vor dem Bremer Verwaltungsgericht: Seine Highland-Kuh „Die Schöne“ bekam in aller Öffentlichkeit den Bescheid zu fressen, in dem ihre Tötung angeordnet wurde. Auch in Bremen hatten Bauern gegen die Tötung Einspruch erhoben, weil die Massentötung keinen Sinn mache, solange Ursache und Übertragungswege von BSE nicht geklärt seien.

Je lauter der Verbraucherschutz aus offiziellem Munde zur Begründung von Maßnahmen im Umgang mit BSE genannt wird, desto zahlreicher werden die Stimmen, die daran nicht mehr glauben. Zu zahlreich sind nach wie vor die offenen Fragen, zu widersprüchlich verhalten sich die „Versicherungen“ und „Garantien“ der KrisenmanagerInnen zu einer Vielzahl von Fakten.

„Die geplanten Schlachtungen Tausender importierter Rinder sind Schau-Veranstaltungen zur Marktberuhigung, doch für den Verbraucherschutz bringen sie wenig. Nötig ist statt dessen ein sofortiges Verbot der Verfütterung von Tiermehlen, ein intensives BSE-Forschungsprogramm und die Einrichtung eines Bundestags-Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des skandalösen Verwirrspiels um

BSE in Deutschland“, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme von BUND- und AbL-Vertretern. Es sei zu befürchten, daß in Bonn auch vor Vertuschungen nicht zurückgeschreckt werde, damit Deutschland weiter offiziell als BSE-frei gelten könne. Und weil von einer garantierten BSE-Freiheit keine Rede sein kann, fordern der Vorsitzende der AbL, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, und die BUND-Agrarexperten Hubert Weiger und Hans-Jörg Breiting, daß besonders riskante Rinder-Organen wie Innereien, Hirn oder Rückenmark nicht mehr in die menschliche Nahrungskette gelangen.

Für die eilig verordnete Tötung der aus Großbritannien importierten Rinder gibt es bis heute, so die zunehmend um sich greifende Meinung, keine vernünftige Begründung.

„Dieser Aktionismus ist allein zur Stabilisierung des Rindfleischmarktes gemacht und nicht mit Verbraucherschutz zu rechtfertigen, daß dürfte inzwischen jedem Bürger deutlich geworden sein“, so der Vorsitzende des Dt. Tierschutzbundes Apel. Er sieht seine Meinung auch von Gerichten bestätigt, die die Eilverordnung stoppten. Das Urteil: „keine Gefahr im Verzug“, womit der für eine Tötung laut Tierschutzgesetz notwendige „vernünftige Grund“ fehlt. Daß andere Gerichte anders entschieden, ist nur ein Mosaiksteinchen im BSE-Verwirrspiel.

Borchert verteidigt seine Eilverordnung solange, bis er sich doch für eine Dauerordnung über den Bundesrat (am 14. März) ausspricht. Einzelne Länder lassen töten, gelegentlich mit Polizeieinsatz, andere machen das Angebot zur Tötung von der Zustimmung des Tierhalters abhängig und wieder andere setzen die Tötung vorläufig ganz aus, wollen einen „Tilgungsplan“ erarbeiten und/oder endgültige juristische Klärung bzw. die Dauerordnung abwarten, vielleicht sogar ganz auf die Tötung verzichten. Der

SPD-Bundestagsabgeordnete Wodarg wirft der Bundesregierung vor, „an harmlosen Grasfressern ein seuchenpolitisch sinnloses Schauschlachten“ zu exerzieren, während die Bundestagsgrünen die Schlachtung als eine „himmelschreiende Katastrophe“ ansehen, ihrer Ansicht nach aber „zur eiligen Schlachtung zum heutigen Zeitpunkt keine Alternative“ bleibt (sie schließen Übertragungswege von der Kuh auf das Kalb, über Hautkontakte, Weiden und Gülle nicht aus). Was – um auch hier weiter zu verwirren – wiederum die bayrischen Grünen anders sehen. Sie wollen kein „Brandopfer“ und nur Tiere töten, die von Betrieben stammen, die in Großbritannien oder der Schweiz von BSE-Schlachtprogrammen betroffen sind.

Ansonsten soll gelten: beobachten, forschen, untersuchen. Das ist auch die Linie, die von Extensivrinderhaltern verfolgt wird, wenn sie „wohlüberlegte und effektive Lösungen“ fordern. Dabei gilt: Die jetzige Diskussion ist längst kein Problem von Extensivrindern mehr, obwohl insbesondere Vertreter des Bauernverbandes dieses immer noch verbreiten und ihre HalterInnen beim derzeitigen Stand der Bekämpfungsmaßnahmen die Hauptbetroffenen sind. In Thüringen wurde bereits eine Gruppe von 54 Tieren der Rasse Holstein-Friesian getötet, die ursprünglich aus der Schweiz kamen. Vordringlich bleibt die Klärung offener Fragen zu Tiermehl und Rinderimporten bzw. Rindertourismus.

Der von Borchert und dem Bauernverband gemachte Verweis auf ein „BSE-freies Deutschland“ und ein „effektives Herkunfts- und Kontrollsystem“ macht wenig Sinn, wenn z. B. die Bundesregierung gleichzeitig äußert, ihr liegen „keine Kenntnisse darüber vor, daß in den östlichen Nachbarstaaten Tiermehle an Rinder verfüttert werden“. In diese Staaten (Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei) wurden von 1990 bis Mitte 1996 über 800.000 Tonnen Fleischmehl von EU-Mitgliedern (auch kleinere Mengen aus Großbritannien) exportiert und im gleichen Zeitraum importierte die EU aus diesen Ländern u. a. 126.409 Rinder und Kälber zur Zucht und 589.118 NutZRinder und -kälber.

Seit 1990 wurden allein aus Polen über 660.000 NutZRinder und -kälber nach Deutschland eingeführt, so die kürzlich erfolgte Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Wodarg. „Obwohl der Bundesregierung die Zahlen und die Zusammenhänge bekannt sind, hält sie es nicht für nötig, Füt-



INDUSTRIELLE TIERHALTUNG VERNICHTET BAUERN UND UMWELT FÜR EINEN GRUNDLEGENDEN WANDEL DER AGRARPOLITIK

SOFORTPROGRAMM VON BUND UND ABL GEGEN BSE UND FÜR ARTGERECHTE TIERHALTUNG

1. Forschen statt Schlachten: Finanzierung eines BSE-Untersuchungsprogrammes, um Erkenntnisse über die Infektionswege in Deutschland zu erhalten und einen Nachweis für BSE am lebenden Rind zu entwickeln.
2. Sofortiges Verbot der Fütterung von Tiermehl an Schweine, Geflügel und Fische.
3. Einrichtung eines BSE-Untersuchungsausschusses im deutschen Bundestag, um Versäumnisse aufzuzeigen, Verwirrungen und Vertuschungen zu beenden und administrative Konsequenzen abzuleiten.
4. Einführung eines Sozialökologischen Leistungspaktes zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft nach den Vorbildern Schweiz und Norwegen: Abkehr vom Preisdruck, Definition ökologischer und tiergerechter Mindeststandards und höhere Erzeugerpreise für diese Produkte. Förderprogramme für artgerechte und umweltschonende Produktion nach dem Vorbild NEULAND und ökologischer Landbau, Stopp der Exportsubventionierung, Förderung regionaler Erzeugung und Vermarktung, Streichung ökologisch unsinniger und tierquälerischer Subventionen.
5. Verhandlungen mit den USA und der WTO zur Reduzierung der Einfuhr von Importfuttermitteln, Fördergelder an reduzierten Importfuttermitteln binden. Offene Deklaration der Futtermittelzusätze.
6. Verschärfung der Düngeverordnung mit härteren Auflagen für die Bindung der Tierhaltung an die Ackerfläche und deutlich reduzierten Mineräldüngereinsatz.
7. Moratorium für den Gentechnikeinsatz in Landwirtschaft und Nahrungsmittelverarbeitung nach den Vorbildern Österreich und Luxemburg.
8. Generelles Verbot des Einsatzes von Hormonen und Leistungsförderern in der Tierhaltung.
9. Änderung der Zuchtziele - Vorrang für Tiergesundheit statt Selektion auf Höchstleistung.
10. Verbot der Käfighaltung von Legehennen in Deutschland als sofortiges Signal gegen Intensivtierhaltung.

Verschleierung und Unterlassungen

Generell stellt der Bericht fest, daß bei den Arbeiten des Untersuchungsausschusses (UA) die Kommission eine Obstruktionspolitik verfolgt und die Wahrheit verschleiert hat. Auch die britische Regierung behinderte die Arbeiten.

Die wichtigsten Beispiele für die Mißstände bei der Bewältigung der BSE-Krise stammen aus dem Zeitraum 1990-1994. Sie treffen das Vereinte Königreich (VK), die EU-Kommission und den Ministerrat. (Auszüge) Schon 1990 war wissenschaftlich belegt, daß der Krankheitserreger die Barriere zwischen den Arten überwinden kann. Nachgewiesen wurde die Übertragbarkeit auf Katzen und Schweine. Trotzdem blieben wissenschaftlichen Untersuchungen seit 1990 sehr dürftig.

Zwischen 1990 und 1994 wurden die BSE-bezogenen tierärztlichen Überwachungen im VK ausgesetzt.

Im Rat fand zwischen 1990 und 1994 keine Debatte über BSE statt. Obwohl die Kommission die Existenz der in den schriftlichen Vermerken angedeuteten Desinformationspolitik leugnet, zeigen die Fakten, daß

- die wichtigsten Informationsquellen dichtgemacht wurden

- der Rat und die Kommission begannen, ihre Pflicht zu vernachlässigen.

Auf britischen Druck hin erfolgte eine Aussetzung der BSE-bezogenen Überwachungskommission im VK. Der mit der BSE-Problematik befaßte Wissenschaftliche Veterinärausschuß und der ebenfalls befaßte Ständige Veterinärausschuß (von ihm lagen keine Protokolle vor) waren in ihrer Handlungsfähigkeit aufgrund des reduzierten Informationsflusses sehr eingeschränkt. Den Vorsitz im Wissenschaftlichen Ausschuß hatte immer ein Brite und über die Hälfte der Sitzungsteilnehmer hatten ebenfalls diese Staatsangehörigkeit, was unabhängiger und ausgewogener Ausschubarbeit widerspricht.

Das VK trägt den Hauptteil der Verantwortung. Die Behörden des VK und die

Tierkörperverwertungsanstalten widmeten den Risiken ungenügende Aufmerksamkeit als eine Scrapie-Übertragung auf andere Arten bereits möglich erschien. Auch einige Futtermittelhersteller tragen aufgrund der Entscheidung für das neue Herstellungsverfahren eine beträchtliche Verantwortung für die Verbreitung des Erregers.

Bereits 1979 gab eine Königliche Kommission des VK zu bedenken, ob es unter epidemiologischen Gesichtspunkten klug sei, verarbeitete tierische Abfälle an Wiederkäuer zu verfüttern.

Im Juni 1987 war den brit. Ministern BSE ebenso bekannt wie die Tatsache, daß Wissenschaftler eine BSE-Übertragung auf andere Tierarten bzw. den Menschen nicht ausschließen konnten. Trotzdem beschlossen sie, nichts zu tun, und zwar bis zum 18. Juli 1988, als das Futtermittelverbot (das die vorhandenen Bestände nicht betraf) in Kraft trat.

Das VK bot keine Gewähr für die Wirksamkeit des Verbots der Verfütterung von Fleisch- und Knochenmehl an Wiederkäuer. Die Herstellungsverfahren boten keine Gewähr zur Sterilisierung und Inaktivierung des Erregers. Sie waren nicht geeignet, Kreuzkontamination sämtlichen Fleischmehls mit Säugetier-Proteinen zu verhindern, das für die Verfütterung an Tiere bestimmt war. Die Verfütterung an Wiederkäuer war zwar verboten, diese Proteine wurden jedoch weiterhin bei der Herstellung von Futter für andere Tierarten verwendet.

Es fehlten Kontrollmaßnahmen. Bis August 1996 gab es keine gesetzlichen Strafen zur Unterstützung des Futtermittelverbots bzgl. Wiederkäuer. Die Regierung fragte ihren eigenen wissenschaftlichen Berater nicht, der bereits 1988 ein Risiko für Herden in anderen Ländern bejaht hätte, wenn diese mit Tiermehl aus dem VK gefüttert würden. Der Europäische Verband der Tiermehlhersteller bekundete bereits 1990 seine Besorgnis über die

Arbeitsweise der Fabrikationsanlagen im VK.

„Untersuchungen in anderen Ländern der EG haben zu dem Ergebnis geführt, daß es anscheinend sehr schwierig ist, in den Futtermittelbetrieben eine völlige Trennung zwischen Futter für Wiederkäuer und anderen Futtermitteln vorzunehmen. Nach Auffassung der Tiermehlhersteller ist es befremdlich, daß Gehirn, Rückenmark, Milz und andere Organe, denen ein hohes BSE-Infektionsrisiko zugeschrieben wird, immer noch in Tiermehlbetrieben verarbeitet und in der Fütterung - wenn im Grundsatz auch nicht für Wiederkäuer - verwendet werden. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß in der Futtermittelindustrie Fehler begangen werden.“

Nach dem Verbot der Verfütterung von Fleischmehl an Wiederkäuer im VK stiegen die Ausfuhren an Tiermehl von ca. 13.000 t in 1988 auf 25.000 t in 1989. Die Exporte in die EU, jetzt zu Niedrigpreisen, verdoppelten sich nach dem Verbot von 1989, trotz des vermuteten Zusammenhangs mit BSE und einer unklaren Ursprungsbezeichnung der Bestandteile. Die Kommission hat sich zu spät und widersprüchlich mit Fleischmehl beschäftigt. Besorgnisse des EU-Parlaments blieben unberücksichtigt.

Das VK hat Druck auf die Kommission ausgeübt, Schlachthäuser nicht auf BSE zu inspizieren. Begründung: „Bei BSE handele es sich nicht um eine technische, sondern um eine politische Frage.“ Ein mangelndes Problembewußtsein zeigt auch die Äußerung des VK-Vertreters, „eigentlich handelt es sich eher um ein Vertrauensproblem der Verbraucher als um ein Verbraucherschutzproblem“.

Gesetzliche Bestimmungen über Identifizierung, Kennzeichnung und Registrierung der Bewegungen der Rinder wurden nicht eingehalten. EU-Vorschriften über Kontrollen wurden nicht eingehalten.

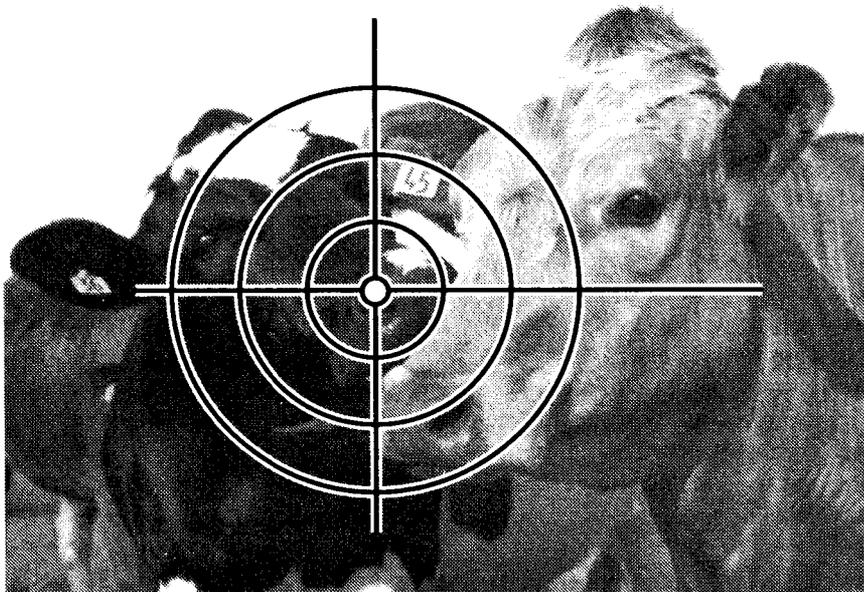
Kommission und Rat haben der Aufrecht-

erhaltung des Rindfleischmarktes Vorrang vor dem Gesundheitsschutz eingeräumt. Bei Forderungen nach Maßnahmen gegen britische Fleischexporte droht EU-Kommissar MacSharry mit Klagen vor dem EU-Gerichtshof. Dem UA gab er auf entsprechende Fragen keine Antwort. Noch 1994 wurde ein von Deutschland gefordertes Untersuchungsprogramm von der Kommission abgelehnt. Sie zeigte kein Interesse an den Ergebnissen der Inspektionen von Veterinären im VK. Minderheitenmeinungen wurden eingeschränkt, ihre Veröffentlichung untersagt. Der Rat hat von der Kommission vorgesehene Haushaltsmittel für Inspektionen und Kontrollen gekürzt. Er ist für die Desinformationspolitik der Öffentlichkeit mitverantwortlich.

Empfehlungen an Mitgliedstaaten

Änderungen der Rechtsvorschriften im Bereich der Tierernährung mit Blick auf Gesundheit von Mensch und Tier, wobei nicht nur „Zielvorgaben wie Produktivität und kurzfristige Rendite Berücksichtigung finden“. Dazu zählen Aspekte wie völlige Inaktivierung aller Krankheitserreger gewährleistende Futtermittelherstellungsverfahren, das endgültige Verbot der Verwendung von Mehl tierischen Ursprungs als Futtermittel und eine „obligatorische offene Deklaration für Futtermittel“ zur eindeutigen Feststellung der Bestandteile und des Ursprungs der Inhaltsstoffe.

Abschließend wird eine Änderung der Gemeinsamen Agrarpolitik empfohlen, um insgesamt Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Verantwortlichkeit der landwirtschaftlichen Betriebe für die Erzeugung gesunder Lebensmittel mittels nachhaltiger bäuerlicher Wirtschaftsweise ermöglichen und stärken.



terungspraktiken in den genannten Ländern zu überprüfen“, so Wodarg. Die importierten Tiere gelten generell als BSE-„unverdächtig“. „Borchert und Seehofer schlagen blind um sich und verwechseln Täter mit Opfern“. Sie zwingen das Fleischerhandwerk, die bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe, die ökologisch denkenden Rinderzüchter in die Knie statt die „eigentlichen Täter, die europaweit agierenden Lebensmittelmultis, Viehhändlering und Futtermittelkonzerne“.

AbL und BUND appellieren an Bonn und Brüssel, diesen „grundlegenden Wahnsinn in der Agrarpolitik zu bekämpfen. Es ist schlicht nicht nachvollziehbar, daß zum Beispiel durch Tierhandel und -Transporte mehr Geld zu verdienen ist als mit der Tier-

produktion“. Allein für den Export lebender Rinder sind 1996 aus EU-Mitteln 560 Mio. DM gezahlt worden. Beide Organisationen schlagen in einem Sofortprogramm 10 Punkte für eine Neuorientierung der Agrarpolitik vor (siehe nebenstehend).

Das EU-Parlament hat unterdessen aufgrund der Ergebnisse des EU-Untersuchungsausschusses zu BSE der EU-Kommission, erstmalig in der Geschichte, ein „Mißtrauensvotum auf Bewährung“ ausgesprochen (siehe letzte Bauernstimme und Kasten hier oben). Schon vorher hatte die Kommission erste Konsequenzen gezogen und die Zuständigkeiten in der Kommission zugunsten des Verbraucherschutzes geändert.

Bio-Welle Fleisch und Milch?

Auf derzeit 1,1 Milliarden Dollar schätzt die Unternehmensberatung Frost & Sullivan laut ZMP den gesamteuropäischen Umsatz von Fleisch- und Milchprodukten aus biologischer Herstellung. Dieser Markt wird sich nach dieser Marktanalyse in den nächsten 5 Jahren auf 3 Mrd. Dollar verdreifachen. Im Bio-Fleischsektor (mit derzeit 400 Mio. Dollar) bleibt demnach der Anteil von Schweine- und Hühnerfleisch wegen der hohen Produktionskosten durch den vorwiegenden Futtereinsatz von Bio-Getreide relativ klein. Das Volumen des Bio-Rindfleischmarkts wird auf derzeit 311 Mio. Dollar geschätzt. Als Hauptursachen für die steigende Nachfrage nennt die Studie die Ablehnung gegen Intensivhaltungsmethoden und die herrschenden Hygienestandards. Das Marktvolumen für Bio-Milchprodukte stieg in den letzten Jahren von 174 auf jetzt 691 Mio. Dollar und soll bis 2002 auf 1,76 Mrd. Dollar wachsen, vor allem bei Milch und Joghurt. en

Mega-Milchfarmen

Über „agrarisindustrielle Mega-Milchfarmen“ in den USA berichtet die Zeitung „Flur und Furche“ in ihrer neuesten Ausgabe. Danach betreibt die Firma „Aurora Dairy“ des Ex-Niederländers Marc Peperzak in sieben US-Bundesstaaten Milchvieh-Farmen mit insgesamt 22.000 Kühen, die von 300 Mitarbeitern betreut werden. Dazu gehört auch der größte Biomilch-Betrieb der USA. An zweiter Stelle der agrarisindustriellen Milchviehhalter rangiert die kalifornische „Joseph Gallo Farms“ mit 15.000 Kühen. Die Milchleistungen z. B. in einer „Aurora“-Herde liegen mit 10.880 Kg extrem hoch. Außer von den Preisen, die umgerechnet etwa 50 Pfennig je kg betragen, hängt die Rentabilität der Mega-Farmen stark von den Transportkosten für die heranzuschaffenden Futtermittel ab. en

Dänische Bio-Eier im Aufschwung

In Dänemark sind Bio-Eier laut DLG-Mitteilungen ein „Verkaufshit“. Nachdem die dänische Regierung neue Vorschriften für Käfighaltung eingeführt hatte, wonach nur noch drei Hennen pro Käfig und maximal drei Käfige übereinander zugelassen waren, verdoppelten sich die Kosten dieser Haltungsform. Das bewog viele Eierproduzenten, zu „natürlicheren“ Produktionsmethoden überzugehen. Beim größten dänischen Eierhändler Dan Eg mit über 55 Prozent Marktanteil kommt jetzt nur noch die Hälfte aller Eier aus Käfighaltung, dagegen mittlerweile 25 Prozent aus organischer Produktion sowie jeweils 16 Prozent aus Tiefstreuhaltung mit Sitzstangen und Bodenhaltung mit Auslauf. Die Nachfrage nach Öko-Eiern hat sich in den letzten zwei Jahren verdoppelt – sie können ca. 60 % teurer als Käfig-Eier verkauft werden und ermöglichen den Landwirten doppelt so hohe Einkommen. en

Schweizer Tierhaltungsregeln

Die Schweiz fördert gezielt tiergerechte Haltungsformen: mit Prämien von 6 DM pro Jahr für Legehennen mit Auslauf, 66 DM für Sauen und 150 DM für Kühe, die den Sommer über und mindestens drei Tage im Winter im Freien sein können. Die Umsätze im Handel mit Eiern von freilaufenden Hühnern sind um 20 % gestiegen. Wie die DLG-Mitteilungen berichten, werden jetzt als weitere Maßnahmen ein Verbot von Vollspaltenböden, der Anbindehaltung für Kühe und von Abferkelkästen für Sauen diskutiert. en

Schweine-Konzerne

In den USA werden 43 Prozent aller Mastschweine in weniger als 3 Prozent der Betriebe gehalten. Dies sind vor allem große Konzerne mit eigenen Mischfutterfabriken und Schlachthäusern. Diese „integrierten Gesellschaften“ handelten laut ZDS im Jahre 1994 etwa 24 Prozent der gesamten Schweineproduktion. 16 Prozent aller US-Schweine wurden innerhalb einer Vertragsproduktion erzeugt. en

Mähdrescher und Rundballenpressen

Auf dem deutschen Mähdreschermarkt (1995/96: 3.248 Stück) gibt es laut Landpost derzeit folgende Aufteilung der Marktanteile: Claas (36 %), Deutz-Fahr (18), John Deere (16), New Holland (13), Case (9), MF (6) und MDW (3). Bei Rundballenpressen (2.237 Stück) sind die Anteile so gegliedert: Krone 29 %, Claas (24), J. Deere (14), Welger (13), Greenland-Deutz-Fahr (11), New Holland (8). en

KURZES AM RANDE

Moksels „Bio-Rind“

Auch für Agrarisindustrielle wird der Biosektor offensichtlich immer interessanter. Nicht nur Paul Schockemöhle, derzeit laut „Spiegel“ mit dem Bau der größten Legehennen-Käfiganlage Europas beschäftigt, betreibt in Mecklenburg eine große Mutterkuh-Herde mit „Bio-Zertifikat“ (wir berichteten). Auch der Fleisch- und Schlachtkonzern Moxsel, der sich nach der Wende zunächst (vergeblich) um den Kauf der agrarisindustrialen 20.000-Rinder-Anlage Kleinwanzleben und angeblich auch um den Kauf der 15.000-Bullen-Anlage Hohenwangelin bemühte, ist in Sachsen-Anhalt in die Erzeugung von Biofleisch eingestiegen. In der „Bio-Rind Drömling GmbH“ Köckte, im Naturpark Drömling gelegen, hält Moxsel auf 950 Hektar Ackerland und 1050 Hektar Grünland insgesamt 3.500 Rinder, davon 1.000 Bullen und 1.250 Mutterkühe mit Nachzucht. Wie das „Infomagazin Drömlingsblick“ meldet, war die jetzt von Moxsel genutzte Anlage zu DDR-Zeiten als „kooperative Einrichtung“ mit der „Produktion von tragenden Färsen“ beschäftigt. 1990 wurde die Anlage von den beteiligten LPGs an die französische Fleischfirma Salomon verkauft, die dann wiederum 1993 von Moxsel aufgekauft wurde. Die Zahl der Beschäftigten wurde von 75 auf jetzt 22 abgebaut. Im krisen- und skandalgeplagten Moxsel-Konzern stehen jetzt offensichtlich neue Veränderungen an: Angesichts der anhaltend schlechten Konzern-

gewinne erwartet die Branche laut „Ernährungsdienst“, daß sich die Moxsel AG „nun von allen Sparten trennt, von denen sie sich überhaupt trennen kann“. Ob darunter auch die Bio-Rind-Aktivitäten fallen, ist derzeit noch unbekannt. AGÖL und CMA planen Ökosiegel Bekanntgeworden ist demgegenüber, daß der bisherige Vorstandsvorsitzende der Moxsel AG, Prof. H. Wüst, sein Amt zum 18. Februar 97 niedergelegt hat. Laut Moxsel AG erfolgt die Trennung aufgrund unterschiedlicher Auffassungen über die künftige Unternehmenspolitik. bst

Neues Ökosiegel

Geht es nach den Plänen der Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau (AGÖL) und der Centralen Marketinggesellschaft der dt. Agrarwirtschaft (CMA), dann soll bis spätestens 1998 ein bundesweit einheitliches Prüfsiegel für Ökoprodukte eingeführt werden. Dabei geht es ihnen nicht darum, den „bestehenden Zeichen-Wald um ein weiteres Siegel zu erweitern“, sondern um die Schaffung eines übergeordneten Prüfsiegels mit hohem Wiedererkennungswert für Ökozeugnisse, sowohl im Naturkostladen wie auch im konventionellen Einzelhandel. Wer das Siegel kontrolliert, ist noch offen. Die CMA will noch in diesem Jahr mit dem Siegel auf Testmärkte. pm

Verschärftes Kali-Monopol?

Vor vier Jahren erregte der Widerstand der Kali-Bergleute im thüringischen Bischofferode gegen die Schließung ihres Bergwerkes europaweites Aufsehen. Mit Betriebsbesetzungen und wochenlangen Hungerstreiks wollten sie ihre Arbeitsplätze verteidigen. Argumente hatten sie genug: Der Kali-Absatz war für ein Jahr in voraus gesichert, fast die gesamte Salzproduktion wurde schon zu DDR-Zeiten in den Westen verkauft. Doch die BASF-Tochterfirma „Kali + Salz“ (K + S), die mit massiver staatlicher Hilfe die ostdeutschen Kaligruben übernommen und so ihr Monopol auf dem Kali-Markt gesichert hatte, wollte nun unbedingt Überkapazität abbauen, und zwar mit Grubenschließungen im Osten. Immerhin erreichten die Bischofferoder Kumpels, daß die Thüringer Landesregierung zusagte, auf dem Bergwerksgelände werde ein Gewerbegebiet errichtet und keiner der Kumpels würde arbeitslos. An diese Abmachung hat sich die Regierung nicht gehalten: In einem Jahr sollen die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auslaufen. Aber auch die westlichen Arbeitsplätze

sind nicht gesichert: BASF will seine Tochter K + S an den weltweit größten Düngerkonzern Düngerkonzern Potash Corp. of Saskatchewan (PCS) verkaufen, der in Kanada das Kalisalz billiger als in Deutschland fördern und trotz Transport hier anbieten kann. Gegen den Verkauf hat sich das Kartellamt ausgesprochen, weil die bisherige marktbeherrschende Stellung auf dem Markt für Kali-Anbieter erschwert wäre.

Das Zusammengehen von PSC und K + S würde nach Meinung von Branchenkennern dazu führen, daß PCS die Preise auf dem Weltmarkt und auch in Deutschland bestimmen könnte. Zynisches Argument von K + S, die ihren bisherigen Marktanteil auf 95% schätzt: „Wo kein Wettbewerb ist, muß er auch nicht geschützt werden.“ Inzwischen spekuliert man anscheinend darauf, eine etwaige Untersagung der Fusion durch das Kartellamt durch eine Erlaubnis von Wirtschaftsminister Rexrodt zu unterlaufen. Als hoffnungsvolles Indiz wertet man Gespräche von Kanzler Kohl und dem kanadischen Außenminister mit dem Unternehmen. en

Welternährung durch Export-Landwirtschaft?



Landbesetzung durch Landlose in Brasilien. (Foto: Contzen)

Neben der allgemeinen Globalisierungsdiskussion hat das „Agrobusiness“ die Welternährungskonferenz in Rom zur ideologischen Aufrüstung der chemischen und technologischen Intensivlandwirtschaft genutzt. Hunger und weiteres Bevölkerungswachstum scheinen zu einer intensiven Exportlandwirtschaft der Industrieländer und einer neuen „grünen“ Revolution (mit Nutzung der Gentechnik) keine Alternative zu lassen. Der Industrieverband Agrar (Pflanzenschutzmittelindustrie) versucht, über Broschüren und in (mit Hilfe von Anzeigen parallel lancierten) Artikeln in Zeitungen die Chemie wieder hoffähig zu machen, die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft prognostiziert den Bauern nach einer mehrjährigen Durststrecke den Durchbruch auf dem Weltmarkt, weil die chinesischen Schweine europäisches Getreide bräuchten, und Bundeslandwirtschaftsminister Borchert ist sich nicht zu schade, den Welternährungstag für einen Werbefeldzug 'Pro Gentechnik' zu mißbrauchen. Eine Bewertung dieser Strategie aus der Sicht der Hilfe gegen den Hunger von Peter Rottach, Agrarreferent von „Brot für die Welt“, Stuttgart, und Wolfgang Reimer, Bauer und stellvertretender Bundesvorsitzender der AbL.

Die Ergebnisse des Welternährungsgipfels in Rom

Im wesentlichen lassen sich vier wichtige Ergebnisse (aus offiziellen FAO-Dokumenten bzw. der Abschlusserklärung und dem Weltaktionsplan sowie aus den Statements der Regierungen) ableiten:

■ Freihandel ist ein wichtiges Instrument der globalen Ernährungssicherung, da er auch in Armutsgebieten Kaufkraft schafft und somit erreicht, daß die an sich ausreichende Menge von Lebensmitteln allen zugänglich gemacht werden kann. Der Gipfel kann als eindeutiges Plädoyer gegen Subsistenzlandwirtschaft verstanden werden.

■ Wegen des Bevölkerungswachstums ist gleichzeitig Produktionswachstum erforderlich. Es kann nur durch Intensivierung auf bestehendem Ackerland erreicht werden, da kaum noch unbenutzte Landreserven vorhanden sind. Die Intensivierung ist damit auch ein Instrument des Umweltschutzes, da ackerbauliche Nutzung ökologisch wichtiger Naturräume (z.B. Regenwald) nicht erforderlich wird.

■ Statt dessen ist eine „neue grüne Revolution“ notwendig. Sie unterscheidet sich von der alten hauptsächlich durch die (Öko-)Rhetorik, läuft aber in ihren Grundbestandteilen ebenfalls auf Bewässerung, Agrarchemie, neue Sorten (Gentechnik) und auf das sog. „Investment in high potential areas“ (damit ist gemeint, daß die verfügbaren Finanzmittel besser in Hohertragsgebiete investiert werden sollen als in marginale Gebiete, weil erstere über ein höheres Ertragspotential verfügen) hinaus.

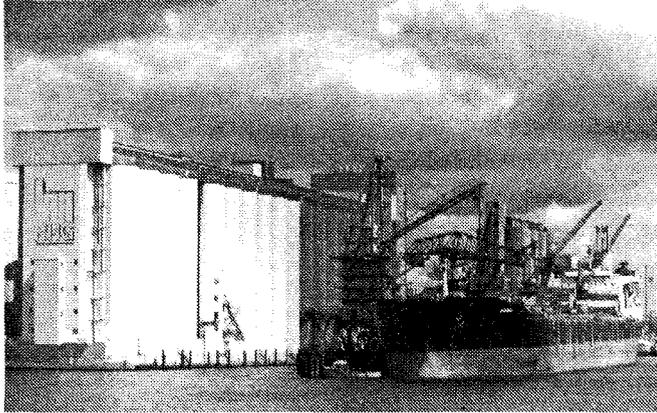
■ Es wurden keinerlei Finanzzusagen gemacht oder Finanzierungsmodelle diskutiert. Aus allen Statements wie auch aus den Abschlußdokumenten wurde aber deutlich, daß der Norden keine zusätzlichen Finanzmittel aufbringen wird und daß es Aufgabe des Südens sei, Ernährungssicherheit herzustellen (durch geeignete Politik...). Es wurde allerdings auch mit keiner Silbe erwähnt, daß die Überschussproduktion des Nordens zur Beseitigung des Hungers im Süden notwendig sei.

Hunger: Produktions- oder Verteilungsproblem?

Viele Jahre drückte diese Zuspitzung der Ursachen des Hungers verschiedene ideologische Standpunkte aus und begleitete den Streit um die sogenannte „grüne Revolution“. Obwohl in den letzten zwanzig Jahren die Nahrungsmittelproduktion gesteigert werden konnte, hat sich die Versorgungslage nicht für alle gebessert. In Afrika wuchs die Zahl der hungernden Menschen von 94 Mio. im Jahr 1970 auf 175 Mio. im Jahr 1990 und in Südasien von 255 Mio. (1970) auf 277 Mio. Menschen (1990).

Trotz unbestrittener regionaler Erfolge zeigte sich immer deutlicher, daß Hunger nicht nur ein Produktionsproblem sein kann, da es sonst in den asiatischen Musterländern der (alten) Grünen Revolution trotz enorm gesteigerter Lebensmittelproduktion mit gelegentlicher Überschreitung der Selbstversorgungsquote keine Hungernde geben dürfte. Auch der immer wieder bekannt gewordene Export von Lebensmitteln aus Hungergebieten

Afrikas (z.B. grüne Bohnen aus dem Sahel, Fleisch aus Äthiopien etc.) bzw. die Zerstörung afrikanischer Agrarstrukturen durch europäische Rindfleischexporte nach West- und neuerdings Südafrika zeigen die Bedeutung politischer Verhältnisse und Machtstrukturen. Wie entscheidend Verteilungsgerechtigkeit zur Hungerbekämpfung sein kann, wird am Beispiel Brasiliens deutlich, wo landlose Landarbeiter und Kleinbauern hun-



Ex- und Import von Agrarrohstoffen im Hamburger Hafen

gern, während der Großgrundbesitz riesige Ländereien brach liegen läßt oder Futtermittel für den Export in die Industrieländer anbaut.

Andererseits ist das Argument, daß allein die weltweite Getreideernte (ohne andere Lebensmittel) zur Versorgung aller Menschen reichen würde, nicht sehr hilfreich. Wer damit die Überschußproduktion des Nordens als Instrument zur Hungerbekämpfung legitimieren will (nur wegen dieser Überschußproduktion gibt es ja statistisch gesehen ausreichend Lebensmittel für alle) vergißt, daß weder die Infrastruktur noch die Finanzmittel ausreichen, alle Hungernen mit „Food Aid“ (Lebensmittelhilfe) zu erreichen. Eine derartige „Armen-speisung“ funktioniert nicht einmal auf nationaler Ebene, auf globaler Ebene ist sie unvorstellbar und würde schon an den Verteilungsmöglichkeiten (mangels Straßen, Schienen und Transportkapazitäten) der Entwicklungsländer scheitern.

Wer Überschußproduktion des Nordens zur Hungerbekämpfung im Süden rechtfertigt, zieht damit, ob bewußt oder unbewußt, eine weitere Verstärkung im Süden mit ins Kalkül (denn nur dann erreichen die importierten Lebensmittel auch die Bedürftigen).

Kalkutta: Eine Slumbewohnerin antwortet auf die Frage, warum sie denn vom Land weggezogen sei und nun unter fürchterlichen Umweltbedingungen im Slum hause, daß es auf dem Lande zwar gute Luft gäbe aber nichts zu beißen, in Kalkutta wäre die Luft sehr schlecht, aber es gäbe immer die Gelegenheit, an etwas Eßbares heranzukommen.

Nahrungsmittelhilfe trägt oft auch zum

weiteren Niedergang der heimischen Landwirtschaft in den Entwicklungsländern bei (was wiederum die Landflucht begünstigt), da Lebensmittelhilfe bzw. subventionierte Importe bekanntlich die lokalen Märkte kaputtmachen. Die Verstärkerungsrate beträgt in manchen lateinamerikanischen Ländern (z.B. Mexiko) bereits heute über 75 %. Überschüsse des Nordens können in Katastrophenfällen hilfreich sein, aber wie die Erfahrungen z.B. in den Katastrophengebieten Afrikas gezeigt haben, gibt es entweder in den Ländern selbst oder in Nachbarländern/-regionen immer Lebensmittelüberschüsse, die aufgekauft und in die Hungergebiete transportiert werden könnten. Diese Lebensmittel entsprechen meist den

lokalen Bedürfnissen und Ernährungsgewohnheiten viel besser als europäische Produkte.

Eine neue Grüne Revolution (mit Gentechnik)?

Die alte „Green Revolution“ war eigentlich eine „Grain Revolution“, da sie ausschließlich auf Getreide abgerichtet war (Reis, Mais). Sie hat zweifellos Erfolge erzielt – auch im Blick auf Ernährungssicherheit. So hat – dank einer vernünftigen Vorratspolitik der Regierungen – Indien in den letzten 30 Jahren keine größeren Hungerkatastrophen mehr erlebt, wie sie früher immer wieder das Land heimsuchten. Gleichzeitig darf aber nicht übersehen werden, daß auch heute noch 300 bis 400 Mio. InderInnen chronisch unterernährt sind, obwohl Indien in der jüngsten Vergangenheit immer wieder Reis exportiert hat.

Folgendes ist bei der Beurteilung der alten Grünen Revolution zu beachten:

■ Die Ertragszuwächse sind zu einem großen Teil auf neu installierte Bewässerungsanlagen zurückzuführen. Dadurch und durch Reispflanzen mit kürzerer Vegetationsperiode, wurden 2 – 3 Reisernten pro Jahr möglich. Bewässerung ist keine unumstrittene Technologie. Außer daß sie teuer ist, birgt sie auch Gefahren der Versalzung oder Verschlammung. Die FAO schätzt, daß weltweit für jeden Hektar neu bewässerten Landes 1 Hektar wegen Versalzung/Versumpfung aus der Produktion genommen werden muß. Fast 70% des weltweiten Wasserverbrauchs dienen dem landwirtschaftlichen Anbau.

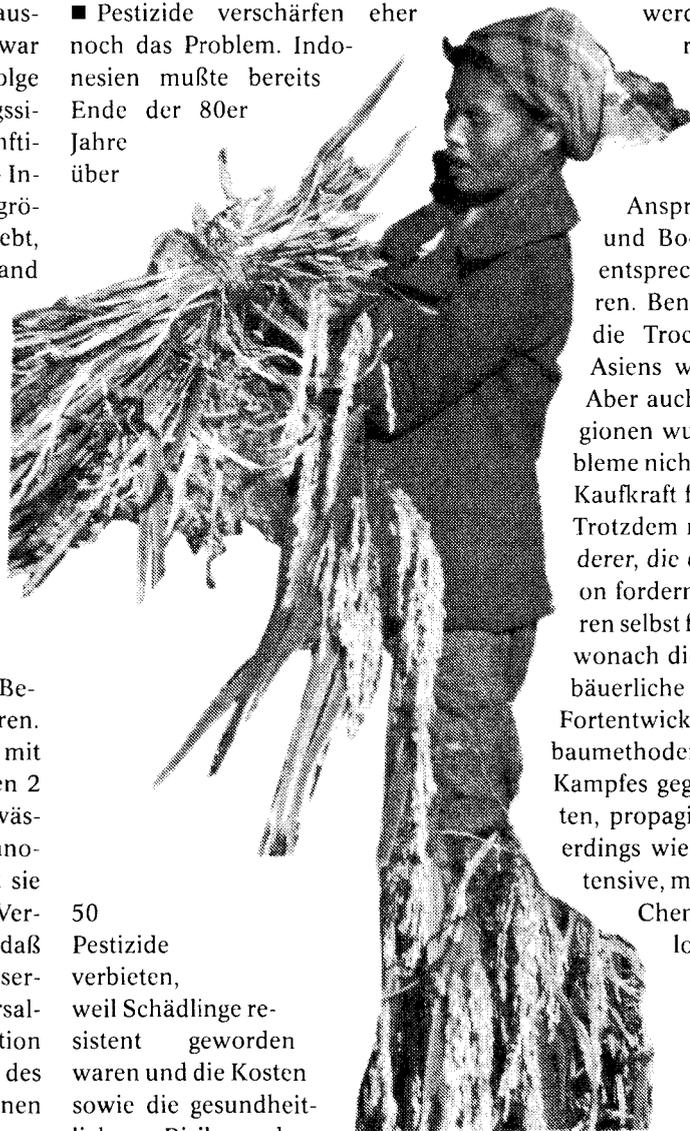
■ Durch die Intensivierung des Reisan-

baus wurden andere Kulturen verdrängt. So wird z.B. für Bangladesh berichtet, daß seit Einführung der Grünen Revolution ein Rückgang der Hülsenfrüchte um bis zu 90% zu verzeichnen sei.

■ Die Ertragsüberlegenheit der modernen Sorten gilt nicht überall und immer. Sind z.B. die Düngung und das Wassermanagement nicht optimal, schneiden oft traditionelle Sorten besser ab. Auch wurde bei den Statistiken – nach eigenem Beobachten – nicht immer seriös gearbeitet: So wurden Hohertragsorten mit Düngung mit traditionellen Sorten ohne Düngung im Ertrag verglichen.

■ Die alten Hohertragsorten waren extrem anfällig gegen Schädlinge und Krankheiten. Heute wird auch auf Schädlings- und Krankheitsresistenz gezüchtet. Meist aber schaffen es die „natürlichen Feinde“ innerhalb von 3-4 Jahren, diese Resistenzen zu knacken. Dann muß die Pflanzenzüchtung schon die nächste Sorte parat halten. Man spricht von einem Wettlauf zwischen Pflanzenzüchtung und Schädlingen; die Gentechnik wird auch deshalb verteidigt, weil die Züchtung einer neuen Sorte dadurch erheblich schneller erfolgen kann.

■ Pestizide verschärfen eher noch das Problem. Indonesien mußte bereits Ende der 80er Jahre über



50 Pestizide verbieten, weil Schädlinge resistent geworden waren und die Kosten sowie die gesundheitlichen Risiken den Einsatz von Pflan-

zenschutzmitteln nicht mehr rechtfertigten.

■ Die Entwicklungsländer werden als Konsumenten von Pflanzenschutzmit-

Eine weltweite Versorgung zu westlichen Verzehrsgewohnheiten ist nicht möglich.

teln immer bedeutsamer. Vielleicht weniger im Blick auf neue, hochmoderne Erzeugnisse, sondern als Absatzmärkte für Auslaufmodelle. 50 % der in Indien eingesetzten Pestizide sind in den nördlichen Industriestaaten verboten oder stark eingeschränkt. Wenn die gegenwärtigen Trends anhalten, werden die Entwicklungsländer im Jahr 2000 ca. 35 % aller weltweit verbrauchten Pestizide einsetzen.

■ Seit der Grünen Revolution hat in Asien der Düngemittel Einsatz von 19 kg/ha im Jahr 1960 auf ca. 180 kg/ha im Jahr 1990 zugenommen. Die Erträge stiegen im Vergleich von 1,8 t/ha auf 3,6 t/ha. In China, Korea und Japan werden im Durchschnitt bereits 300 kg/ha aufgewandt. Die Erträge liegen dort bei ca. 5 t/ha.

■ Da die neuen Hohertragsorten hohe Ansprüche an Klima, Wasser und Boden stellen, konnten nur entsprechende Regionen profitieren. Benachteiligte Regionen, wie die Trockengebiete Afrikas und Asiens wurden weiter abgehängt. Aber auch in den begünstigten Regionen wurden die Ernährungsprobleme nicht gelöst, da den Armen die Kaufkraft fehlt.

Trotzdem mehren sich die Stimmen derer, die eine neue grüne Revolution fordern. Entgegen noch vor Jahren selbst festgestellter Erfahrungen, wonach die Rolle der Frauen, kleinbäuerliche Agrarstrukturen und die Fortentwicklung traditioneller Anbaumethoden die Grundlagen des Kampfes gegen den Hunger sein sollten, propagieren FAO-Experten neuerdings wieder stärker die kapitalintensive, moderne Agrartechnologie.

Chemieindustrie und Agrarlobbyisten nehmen bereitwillig die Argumente auf, wonach einerseits auf den Hohertragsstandorten in den Industrieländern mehr produziert und andererseits gentechnologische Verfah-

Thailändische Bäuerin ...

ren eingesetzt werden müßten. Die Argumentationskette erscheint zunächst schlüssig: Bevölkerungswachstum, kaum zusätzlich erschließbare Landreserven und geringe Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft im Süden erfordern eine „nachhaltige“ Steigerung der Agrarproduktion im Norden und die weltweite Durchsetzung modernster Produktionsverfahren. Dazu komme noch der mit der wirtschaftlichen Entwicklung einhergehende Anstieg des Fleischverbrauches in Asien, so daß zukünftig wieder „voll“ produziert werden könne. Folgende Argumente stehen dem gegenüber:

1. Grundsätzlich gilt, daß eine weltweite Versorgung zu westlichen Verzehrsgewohnheiten (besonders der hohe Fleischverzehr) nicht möglich ist. Wenn Inder (Fleischverzehr derzeit 2 kg pro Kopf) und Chinesen (ca. 24 kg) auch nur annähernd den Fleischverzehr der Deutschen (über 80 kg) erreichen würden, wäre eine unvorstellbare Masse an Futtergetreide notwendig. Wenn zur Produktion einer tierischen Nahrungs-

■ ■
Bei weitgehendem Verzicht auf Agrarchemie sind bemerkenswerte Ertragssteigerungen möglich.
 ■ ■

kalorie durchschnittlich 7 pflanzliche Kalorien notwendig sind, so wird die Verschwendung deutlich. Trotz immenser Produktivitätssteigerungen stagnierte die Weltgetreideproduktion pro Kopf in den letzten 15 Jahren, weil die Ertragssteigerungen durch das Bevölkerungswachstum und zunehmende tierische Verfütterung „aufgefressen“ wurden. Falls in Asien die oft beschworene Kaufkraftentwicklung tatsächlich zu einem derartigen Fleischverzehr führen würde, wären überhaupt keine Nahrungsmittelreserven für afrikanische u.a. Länder verfügbar – der Hunger würde drastisch zunehmen.

Die derzeitige europäische Diskussion, inwieweit Getreideexporte für China eine Zukunftsperspektive seien, mutet schon seltsam an, angesichts der europäischen Futtermittelimporte (über 50 Mio. Tonnen / entsprechend 40 % der EU Getreidefläche). Immerhin kommt die Hälfte aller Importfuttermittel aus den Ländern der sogenannten Dritten Welt. Im Durchschnitt wird jedes dritte Schwein mit importiertem Futter gemästet.

2. Selbst wenn durch Gentechnologie die Produktivität weiter gesteigert wird, begrenzen der Energieeinsatz für Pro-



Abl-Protest gegen Futtermittelimporte

(Foto: Archiv)

duktion, Verarbeitung und Verteilung, die vorhandenen Kali- und Phosphatvorräte aber auch mangelnde Wasservorräte und ökologische Folgewirkungen diese Strategie. Schon jetzt verursacht die moderne Intensivlandwirtschaft große Probleme. Beispielsweise stellte die Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ des Deutschen Bundestages (1994) fest, daß die Landwirtschaft global wie national zu 15% zum menschlich verursachten Treibhauseffekt beiträgt. „Die umweltbelastende Intensivlandwirtschaft mit ihren Überschüssen im Norden und die weitgehend fremdbestimmte, exportorientierte Landwirtschaft bei Unterversorgung der einheimischen Bevölkerung im Süden verursachen beide steigende Emissionen klimawirksamer Spurengase und sind daher

Mitverursacher der globalen Klimaänderung.“

4. Die technokratischen Träume westlicher Politiker (siehe US-Außenminister) gehen völlig an der Alltagsrealität Afrikas und anderer Länder vorbei. Die Gentechnologie ist eine kapitalintensive Technologie, deren Rationalisierungspotential (z.B. Herbizidresistenz) angesichts des Arbeitsüberschusses dieser Länder wenig Sinn macht. Gentechnisch manipulierte Sorten und Verfahren sind geschützt, ihr Import ist teuer. Im Süden kann es doch nicht darum gehen, die Grundnahrungsmittelproduktion von teuren Betriebsmitteln abhängig zu machen, die reichlich vorhandene menschliche Arbeitskraft durch Maschinen und Chemie zu ersetzen. Darüber hinaus birgt die gentechnische Manipulation der Inhaltsstoffe die Gefahr, daß die Industrieländer wertvolle Rohstoffe des Südens imitieren. So wird an dem Ersatz von Vanille gearbeitet oder am Einbau essentieller Aminosäuren der Kokosnuß in die Rapspflanze. Der US-amerikanische Landwirtschaftsminister auf dem Welternährungsgipfel: „...Wir wollen den Tag erleben, daß ein Bauer im ländlichen Afrika oder in den Anden Lateinamerikas das INTERNET benut-

zen kann, um sich mit einem Bauern in Amerika, einem Meteorologen in der Schweiz oder einem Forscher auf den Philippinen in Verbindung zu setzen und die neuesten Informationen zu neuen Nutzungsmöglichkeiten, zu Wetterberichten oder zu besten Anbaupraktiken, die weniger Wasser und weniger Pestizide bedürfen, zu erhalten.“

Im Zusammenhang mit gentechnisch veränderten Sorten muß das Thema „biologische Vielfalt“ bzw. genetische Erosion beachtet werden. Schätzungen besagen, daß seit Anfang dieses Jahrhunderts 75 % der Weltnutzpflanzen-Varietäten verloren gegangen sind. Jedes Jahr gehen weitere 50.000 Sorten verloren. Es ist unbestritten, daß die Verbreitung der Hochertragsorten von Reis in Asien diesen Erosionsprozeß dramatisch beschleunigt hat. Wenn wir die Ernährung der Weltbevölkerung auf neue, noch ertragreichere Sorten aufbauen wie z.B. dem neuen IRRI-Superreis oder neuem Gen-Saatgut, wie kann dann der weitere Verlust an genetischen Ressourcen vermieden werden? Statt immer neue Sorten einzuführen, sollten die Bemühungen darauf konzentriert werden, den Anbau traditioneller Sorten zu optimieren und die ökonomischen Bedingungen für ihren Gebrauch und ihre Vermarktung zu verbessern.

5. Die höchsten Ertragszuwächse in den letzten Jahrzehnten wurden laut FAO in den dicht besiedelten Gebieten Südost-Asiens, wo menschliche Arbeitskraft noch im Überfluß vorhanden ist, erzielt.

... und thailändischer Bauer bei der Reisernte angepaßter Sorten (Fotos: Rottach)

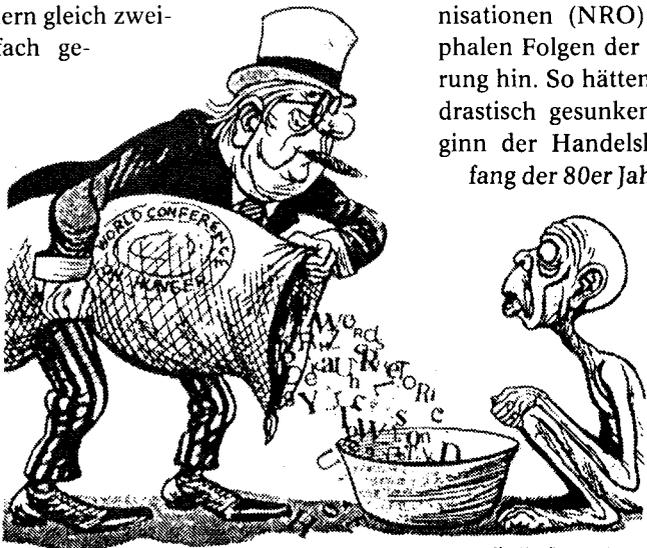
Zahlreiche Untersuchungen belegen, daß durch nachhaltige, sog. „low external input-Landwirtschaft“ (minimaler Betriebsmittelzukauf) die Eigenversorgung mit Grundnahrungsmitteln in den Entwicklungsländern erreicht werden kann. Eine der Hauptvoraussetzungen hierfür ist jedoch die gerechte Aufteilung der verfügbaren Ländereien sowie ökonomische und politische Rahmenbedingungen, die der kleinbäuerlichen Landwirtschaft förderlich sind. Eine Studie des IIED (International Institute for Environment and Development, London) kommt 1996 auf der Basis von über 60 Projekten in 20 Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu dem Ergebnis, daß bei weitgehendem Verzicht auf Agrarchemie bemerkenswerte Ertragssteigerungen möglich sind: Für die bereits sehr intensiv genutzten Reisanbaugebiete Asiens Ertragssteigerungen um ca. 10% gegenüber der konventionellen Bewirtschaftung. In bislang weniger intensiv genutzten Regenfelddaugebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind Ertragssteigerungen um 100 bis 300% möglich.

Hungerbekämpfung durch Handelsliberalisierung?

Das Konzept der Handelsliberalisierung im Kampf gegen den Welthunger basiert auf der Theorie der komparativen Kosten. Danach verfügt jedes Land über bestimmte Produktionsvorteile, die es gegenüber anderen Ländern hervorhebt und ihm im internationalen Wettbewerb eine besonders günstige Handelsposition verschafft. So sollte z.B. Reis in den Tieflandsbekenlandschaften Asiens angebaut werden, weil dort die natürlichen Bedingungen für die Pflanzen optimal sind. Kaffee wächst am besten in den Hochländern Zentralafrikas oder Lateinamerikas, während viele Faserpflanzen in den subtropischen Trockengebieten besonders günstige Wachstumsbedingungen vorfinden. Statt nun überall in solchen Ländern Grundnahrungsmittel wie Reis, Hirse oder Mais anzubauen, so die Theorie, wäre es in der Hunger- und Armutsbekämpfung erfolgversprechender, Agrarerzeugnisse mit Produktionsvorteilen anzubauen und Grundnahrungsmittel dagegen auf dem Weltmarkt einzutauschen. Das Problem dabei ist, daß viele Hungerregionen keine Produktionsvorteile besitzen, die sie in einem internationalen Wettbewerb in die Waagschale werfen könnten. Insbesondere die sog. schwarzafrikanischen Länder sind geprägt durch sehr arme Böden, geringe und sehr unsichere Niederschläge, schlechte infrastrukturel-



le Erschließung, geringen Bildungsstand der Bevölkerung etc. etc. Große Gebiete sind aufgrund ihrer natürlichen Ausstattung nur für ein bestimmtes Nutzungssystem geeignet, wie z.B. der Sahel für extensive Weidewirtschaft (weshalb die EU-Fleischexporte in die Region so destruktiv sind). Die Bauern/Bäuerinnen auf solchen Standorten können in einem globalen Wettbewerb nicht mithalten. Was bleibt ihnen? Abwandern in die Städte ist im Vergleich zu Lateinamerika oder Asien ebenfalls nicht sehr attraktiv, weil in Afrika bekanntlich kaum Industrialisierung stattgefunden hat und auch kein Entwicklungsplaner derzeit an einen absehbaren Industrialisierungsschub glaubt. Afrika ist in der so beschriebenen Form aber auch in den anderen Kontinenten vertreten (marginale Gebiete gibt es überall). Für diese Menschen bedeutet Liberalisierung eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse, weil sie auch noch ihrer geringen Einkommenschancen aus lokalem (Agrar)Handel beraubt werden. Weltmarktintegration nämlich bedeutet auch Abhängigkeit von Händlern (oft als sog. middlemen bezeichnet), denn nur sie verfügen über die Logistik und das Knowhow, um im internationalen Handel partizipieren zu können. Bäuerliche Familien, die für den Weltmarkt Exportfrüchte anbauen und über ihn ihre Grundnahrungsmittel beziehen, werden von den Händlern gleich zweifach ge-



Worte machen nicht satt

schöpft: beim Verkauf ihrer eigenen Erzeugnisse und beim Kauf ihrer Lebensmittel.

Wie im Norden, so führt auch im Süden die Weltmarkteinbindung zu Verdrängungsprozessen. Insbesondere deshalb, weil der Süden nur mit einer sehr kleinen Produktpalette auf dem Markt konkurrenzfähig ist – den sog. Kolonialwaren Kaffee, Tee etc. Eine Diversifizierung ist kaum möglich; Weizen oder Kartoffeln wachsen nun

mal besser in den gemäßigten Breiten und werden dort erheblich subventioniert, Hochleistungsmilchkühe fühlen sich bei uns wohler als in Regenwaldklimaten etc. Die Palette marktfähiger Erzeugnisse ist also begrenzt für tropische Produzenten und im internationalen Wettbewerb überleben nur die, die am kostengünstigsten produzieren. Das trifft bekanntlich zu im Falle der Dollar-Bananen aus den großen Bananenplantagen in Mittelamerika, die im Vergleich zu den AKP-Bananen deutlich billiger in den Handel gebracht werden können.

Von einer weiteren Handelsliberalisierung werden in erster Linie die großen multinationalen Unternehmen der Nahrungsmittelbranche, von denen heute bereits 6 Firmen 85 % des Weltgetreidehandels kontrollieren, profitieren. In dem Zusammenhang ist wichtig zu erwähnen, daß diese großen Nahrungsmittelkonzerne nicht nur international tätig sind, sondern zunehmend auch interdisziplinär, d.h. sie haben ihre Hände in Produktionstechnologien, der Verarbeitung und der weltweiten Vermarktung. Besonders die zunehmende Verknüpfung der chemischen Industrie mit dem Nahrungsmittelhandel und der Saatgutbranche (Gentechnologie) ist bedeutsam.

„Ernährungssicherheit vor Handelsliberalisierung“

Parallel zur Welternährungskonferenz in Rom wiesen Nichtregierungsorganisationen (NRO) auf die katastrophalen Folgen der Handelsliberalisierung hin. So hätten in Mexiko infolge drastisch gesunkener Preise seit Beginn der Handelsliberalisierung Anfang der 80er Jahre viele Bauern ihr

Land verlassen müssen. Die Abhängigkeit von Nahrungsimporten sei von 18% (1982) auf heute 50% gestiegen. Allein in den vergangenen fünf Jahren seien 1,8

Mio. Maisbauern aus dem Geschäft ausgestiegen, weil sich ihre Regierung entschlossen hatte, stark subventionierten Mais aus den USA zu importieren.

Welthunger und Bevölkerungswachstum

Auch diese Diskussion ist ideologisch stark überfrachtet. Während die eine Seite hauptsächlich auf die explodierenden Vermehrungsraten der

Schwarzen und Asiaten hinweist und neben Fortpflanzungskontrolle die technologische Produktionsstrategie in den Vordergrund stellt, wird von der Gegenseite unter Hinweis auf die Ressourcenverschwendende Lebensweise

durch mangelnde Aufklärung bzw. Verhütungsmittel. Entscheidend sind die Rolle der Frauen in der Gesellschaft (Eigenbestimmung und Bildung, Verfügung über Besitz usw.), die positive Werthaltung zur Familie und



Indische Bauern beim Pflügen.

(Foto: Rottach)

im Norden der Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Welthunger relativiert. Immerhin würden vier von fünf Menschen im Süden geboren, aber vier Fünftel der Ressourcen im Norden verbraucht werden.

Eine Frau aus Bangladesh hat es so formuliert:

„Wenn Ihr im Norden eine Geburtenkontrolle für Menschen im Süden verlangt, verlangen wir im Süden zuerst eine Geburtenkontrolle für Autos im Norden. Denn Autos verbrauchen mehr Ressourcen und schädigen die Umwelt stärker als die armen Menschen in den Entwicklungsländern.“

Nun sind Vorausschätzungen in hohem Maße spekulativ, eine mittlere Variante von Schätzungen der UN geht davon aus, daß die Menschheit bis zum Jahr 2025 auf 8,5 Mrd. ansteigen wird. Bei einer gerechteren Verteilung des Ressourcenverbrauchs würde Planet Erde dieses Wachstum durchaus verkraften.

Nur: Nahezu alle Berechnungen gehen davon aus, daß der Nahrungsmangel in den Problemzonen Schwarz-Afrika und Südasien zunehmen wird.

Bevölkerungswachstum ist durch sehr viele Bedingungen bestimmt; nach Aussage vieler Studien nicht zuerst

natürlich auch die Alters-Absicherung durch Kinder. Daß in diesem Zusammenhang die hohe Sterblichkeitsrate der Kinder aufgrund der Mängel an Nahrung, Gesundheitsvorsorge und Hygiene die Geburtenrate hochtreibt, liegt auf der Hand.

Diese Erkenntnisse sind nicht neu, sondern waren schon allgemein anerkannt auf verschiedenen Weltkonferenzen zur Welternährung oder zur Bevölkerungsentwicklung. Insofern bilden die Hintergrundpapiere und die Erklärung von Rom anlässlich der Welternährungskonferenz einen Rückschritt, der der allgemeinen „Standort- und Liberalisierungsdiskussion“ geschuldet ist.

Gerade in den Hungergebieten Afrikas muß Armutsbekämpfung und Entwicklung bei den Frauen ansetzen, ihrer Ausbildung aber auch ihrer Verfügungsgewalt über Land, da gerade sie den Großteil der Familienversorgung und des Nahrungsmittelanbaus übernehmen.

Nur dann kann Bevölkerungsplanung erfolgreich sein.

Peter Rottach hat selbst länger in sogenannten Dritte Welt Ländern gelebt und seitdem eine Vielzahl von Hilfsprojekten seiner Organisation betreut. In einer kommenden Ausgabe der Bauernstimme wird die Weltmarktperspektive aus Sicht der deutschen Landwirtschaft beleuchtet.

Die Saat geht auf für alte Landsorten

Das Bundessortenamt macht Vorschläge zum Erhalt pflanzengenetischer Ressourcen

Der zehnjährige Kampf von Bauer Josef Albrecht für die Zulassung regional angepaßter Landsorten im Saatgutverkehrsgesetz, das Engagement von Umweltverbänden, von ökologischen Pflanzenzüchtern und Nichtregierungsorganisationen im Forum Umwelt & Entwicklung, zu dem auch das AgrarBündnis zählt, kann sich schon bald auszahlen. Auf einer Anhörung von Verbänden aus dem Züchter- und Saatgutbereich Ende Januar, zu der auch die KritikerInnen der noch geltenden Regelung eingeladen worden waren, hat das zuständige Bundessortenamt (BSA) seine bisher harte Haltung aufgegeben und Vorschläge über eine zukünftige Zulassung des Inverkehrbringens von nichtzertifiziertem Saatgut in beschränkten Mengen vorgestellt mit dem Ziel, die biologische Vielfalt (pflanzengenetische Ressourcen) in der Landwirtschaft zu fördern.

Bisher verweigerte das BSA einen Dialog, weil eine entsprechende EU-Richtlinie zum Saatgutverkehrsgesetz noch nicht entschieden ist. Auf der Anhörung vollzog das BSA nun einen Wandel und machte seinerseits Vorschläge, um mit ei-

genen Vorstellungen noch Einfluß auf die Diskussion auf EU-Ebene nehmen zu können. Der Bundesverband der deutschen Pflanzenzüchter warnte vor einem zu weiten Vorpreschen von deutscher Regierungsseite.

Der Vorschlag des BSA sieht vor, neben den Zuchtsorten für die Landwirtschaft, die auch weiterhin den alten Zulassungsbedingungen unterliegen, ein neues vereinfachtes Anzeigeverfahren für pflanzengenetische Ressourcen zu eröffnen, das auf die Voraussetzungen der Homogenität, Stabilität, Unterscheidbarkeit und den landeskulturellen Wert verzichtet. Die Qualitätsansprüche an das Saatgut wie Keimfähigkeit, technische Reinheit und Gesundheit werden allerdings auch für dieses Saatgut gelten. Die Inverkehrbringer von pflanzengenetischen Ressourcen müssen lediglich die Intention des Inverkehrbringens dem BSA mit Hinweis auf Name und Adresse des Inverkehrbringers, Bezeichnung bzw. Herkunft der „Sorte“ und einige andere Angaben anzeigen. Diese „Sorten“ sollen speziell gekennzeichnet werden, damit sie klar von Z-Saatgut zu unterscheiden

sind. Pro „Sorte“ dürfen nur gewisse Höchstmengen vermarktet werden, die sich je nach Art unterscheiden. Die Vorschläge sind weitestgehend deckungsgleich mit denen der KritikerInnen der bisherigen Regelung, die allerdings die Notwendigkeit von Höchstmengen nicht sehen. Züchter und Saatguthändler befürchten eine Aufweichung des Sortenbegriffs. Diese und weitere offene Fragen sollen in einer unter Berücksichtigung aller Beteiligten eingerichteten Arbeitsgruppe geklärt werden.

Für Bio-Bauer Albrecht, der auch Kreisrat für Bündnis 90/Die Grünen ist, stellt der derzeitige Vorschlag das Ergebnis intensiver Lobbyarbeit zahlreicher Gruppen auf nationaler und internationaler Ebene (z. B. beim FAO-Gipfel zu Vielfalt in Leipzig) dar. Über 200 Selbstanzeigen wegen Weitergabe nicht zugelassenen Saatgutes gingen beim BSA ein. Für Rudolf Buntzel vom Forum Umwelt & Entwicklung hat all dies, auch wenn z. B. noch unklar ist, ob Bonn sich in Brüssel durchsetzen kann, zumindest hier zu „einem Lernprozeß und einem Nachgeben der Regierungsseite geführt“. *bs*

■ Kehrtwende bei Gen-Mais

Die französische Regierung hat gentechnisch verändertem herbizid- und insektenresistentem Mais-Saatgut die Sortenzulassung vorläufig verweigert und diesen Schritt mit „Unsicherheiten“ bezüglich des Umweltrisikos begründet. Der Leiter der Biomolekular-Kommission, der zwei Jahre lang den französischen Zulassungsantrag für Gen-Mais in Brüssel vertreten hatte, trat daraufhin von seinem Amt zurück. Der französische Bauernverband sprach bezüglich der Verweigerung von einer „völlig unlogischen Entscheidung“.

Gentechnik: Pöwer, Politik, Protest

Großteil der Agrarlobby bekennt sich offen für Gentechnik. Protest formiert sich global.

Immer offener in die Offensive für die Verbreitung der Gentechnologie in der Landwirtschaft gehen seit Ende letzten Jahres Bundeslandwirtschaftsministerium (BML), einige Landesminister (siehe rechte Spalte), die chemische Industrie, der Deutsche Bauernverband (DBV), die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) und andere Organisationen (z.B. UFOP). Erkämpft werden soll das Vertrauen der VerbraucherInnen in die Gentechnologie, und das just in einer Zeit, wo die Landwirtschaft in vielen Feldern Vertrauen zurückgewinnen muß. In dieser Phase mit der höchst umstrittenen Gentechnik zu kommen, kann – schon rein strategisch – ein mächtiger Schuß nach hinten werden – dann wieder auf Kosten der Bauern und Bäuerinnen.

Ungeachtet dieses Risikos spannt sich DBV-Generalsekretär Dr. H. Born auf der Grünen Woche selbst vor den Karren der Gentechnik-Industrie: „Wir haben alle das gleiche Ziel: Wir wollen der Bio- und Gentechnologie zum Durchbruch verhelfen, und das möglichst schnell.“

Für das BML sprach sich Mitarbeiter Dr. P. Breloh für ein Umdenken in der Wirtschaft aus. Der Bonner Beamte kritisierte Molkereien, die angekündigt haben, kei-

ne Milch mehr von Landwirten abzunehmen, die gentechnisch veränderte Futtermittel einsetzen (Bsp.: Milchwerke Westfalen eG, Herford). Minister Borchert selbst bemüht sich um „Versachlichung der Diskussion“ und meint damit, nicht die Risiken, sondern die immer wieder propagierten erhofften Chancen ins Blickfeld zu rücken. Im jüngsten Bericht seines Hauses über die Erfahrungen mit dem Gentechnikgesetz macht er ein „Übermaß an bürokratischen Kontrollen“ sowie „überzogene Anforderungen“ aus, die es zu korrigieren gelte.

Freisetzungen

Folgerichtig will Borchert sich auch für mehr „vereinfachte Verfahren“ bei der Freisetzung gentechnisch veränderter Produkte auf EU-Ebene einsetzen, wie er in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen ankündigte. Unterdessen laufen die Vorbereitungen für – und gegen – die neuen Freisetzungsversuche der Gentechnik-Industrie. Das zuständige Robert-Koch-Institut (Berlin) hat die entsprechenden Anträge der Firmen bekanntgegeben; eine Liste der Anträge sowie Entwürfe für Einwendungen sind beim Gen-ethischen Netzwerk (sie-

he rechts) zu bekommen. Die Einwendungsfristen reichen z. T. bis Mitte März. Weltweit konzentriert sich der Protest auf die Woche vom 21. – 26. April. Dann wollen im Rahmen der ersten „Weltweite Aktionstage gegen Gen-Nahrung“ Verbraucher-, Bauern- und andere gesellschaftliche Gruppen in über 40 Nationen für gentechnikfreie Nahrungsmittel protestieren.

Global Days of Action

Mit welchen Interessen dieser globale Protest es aufnimmt, zeigt sich u.a. am Beispiel Gen-Mais: Die belgische Zeitung „Le Soir“ veröffentlichte Anfang Februar Sitzungsprotokolle der EU-Kommission, die bestätigen, daß der Beschluß der Kommission zur Zulassung des gentechnisch veränderten Bt-Mais von Ciba-Geigy ganz wesentlich handelspolitisch motiviert war. Danach haben in der entsprechenden Sitzung im Dezember mehrere Kommissare die Gefahr eines neuen Handelsstreites mit den USA betont, zu dem eine weitere Verzögerung der Zulassung geführt hätte. Durch die Zulassung in der EU darf die USA Gen-Mais nun auch in die EU exportieren. *uj*

Länder forcieren

Bayern müsse der Bio- und Gentechnologie in der Pflanzenzüchtung die gleiche Aufmerksamkeit schenken wie in der Medizin, „um die Qualität und Resistenzen der Pflanzen weiter zu verbessern“. Das hat sich Bayerns Landwirtschaftsminister Reinhold Bocklet vorgenommen. Um auf dem grünen Sektor so rasch wie möglich vermarktungsreife Produkte zu entwickeln und damit wettbewerbsfähig zu bleiben, riet der Minister zu einem stärkeren Verbund zwischen Grundlagenforschung, anwendungsorientierter Forschung und praktischer Pflanzenzüchtung innerhalb des bereits bestehenden Initiativkreises „Biotechnologie München“.

■ Kontakt

Gen-ethisches Netzwerk e.V., Schöneweider Str. 3, 12055 Berlin, ☎ 030-6858030

Ernte brachte große Unsicherheiten

Die Änderung des Betäubungsmittelgesetzes im Frühjahr 1996 ermöglichte es erstmals wieder den Landwirten, Hanf anzubauen. Dr. Karsten Block vom Zentrum für nachwachsende Rohstoffe in der Landesversuchsanstalt der Landwirtschaftskammer Westfalen Lippe, Haus Düsse, und Hans-Bernd Hartmann vom Hanfverein NRW, einer Initiative der AbL, berichten über die Versuchsergebnisse und die ersten Anbauerfahrungen in Nordrhein-Westfalen.

Etwa 30 Landwirte wagten 1996 in Nordrhein-Westfalen das Experiment des Anbaus von rauscharmen Hanfsorten. Es wurden überwiegend Flächen zwischen 0,5 und 1 ha angebaut, da eine Verwertung der Erntemengen noch nicht absehbar war und in der Beerntung selbst ein erhebliches Risiko liegt.

Im Vordergrund standen die Versuche zur Fasernutzung des Hanfes. Als problematisch stellte sich die rechtzeitige Beschaffung von Saatgut heraus, so daß die früheste Aussaat erst Mitte April erfolgen konnte.

Der Saatzeitpunkt spielt für die Abreife und den Ertrag eine entscheidende Rolle. Der Ertrag fällt von Mitte April bei 14-tägiger Saatverzögerung um 20 dt/ha und bei weiterer Verzögerung um 14 Tage um insgesamt fast 40 dt/ha ab

(vgl. Tab. 1). Hieraus ist abzuleiten, daß der Saatzeitpunkt möglichst früh und deutlich vor die Maisaussaat zu legen ist. Die Temperaturansprüche sind ähnlich denen von Rüben. Die kritischen Minimaltemperaturen liegen bei ca. -4 °C. Im Wachstum zeigten 1996 die frühen Saaten bis in den Juni hinein einen deutlichen Vorsprung. Zur Blüte waren die Bestände dann optisch nicht mehr zu unterschei-

den. Auch die Trockensubstanzgehalte unterschieden sich zum Erntezeitpunkt am 26. September 96 nicht mehr wesentlich.

Bei Saatgutpreisen von 10 DM bis 14 DM je kg im letzten Frühjahr stellt die Saatmenge den wesentlichen Kostenfaktor im Anbau dar (siehe Anbautelegramm).

Nach der Saatzeit hat die N-Düngung den größten Einfluß auf den Ertrag. Die Steigerung von 50 kg N/ha auf 100 kg N/ha bringt einen Anstieg des TM-Ertrages um 20 dt/ha. Weitere 50 kg N/ha steigern den TM-Ertrag noch einmal um 10 dt/ha. Bedingt durch die lange Wachstumsphase müßte sich hiermit der Hanf auch ideal für eine Gülledüngung eignen. Versuche hierzu sind in diesem Jahr geplant.

In dem Landessortenversuch zu Hanf als Fasernutzung schnitt wie 1995 die Sorte Felina 34 am schlechtesten ab. Futura war die ertragsstärkste Sorte, gefolgt von Fedrina 74, die 1995 ebenfalls mit gutem Erfolg geprüft wurde. Neben der Fasernutzung ist das Ertragspotential an Hanfsamen ebenso von Interesse. Zu prüfen ist, ob eine Doppelnutzung, ähnlich wie bei Flachs, auch bei Hanf möglich ist. Die Auswirkungen auf die Faserqualität sind hierbei allerdings noch nicht untersucht. Kritisch sind dabei die männlichen Pflanzen, die zur Samenreife deutlich weiter abgereift sind, als die weiblichen, was die Faserqualität mindern kann. Versuchstechnisch ergibt sich bei der Körnernutzung von Hanf die Problematik, daß es sich um eine Kultur handelt, die Vögel magisch anzieht. Aus diesem Grunde waren die Versuche, die von der Fachhochschule Soest auf dem Versuchsgut in Merklingsen durchgeführt wurden, eingestellt. Dies ist allerdings bei einer Netzhöhe von über 3 m ein aufwendiges Unter-

fangen. Die Kornerträge aus diesem Versuch sind in Tabelle 4 dargestellt. Im Vergleich zu Öllein, der 1996 einen Rekordeertrag von 38,4 dt/ha im Mittel von 6 Sorten brachte, fiel der Kornertrag von Hanf mit 7,1 dt/ha eher bescheiden aus. Die Kornfeuchte bei der Ernte schwankte zwischen 13,7 % bei Fedora und 18,9 % bei Futura. Für eine Körnernutzung kommt aus diesem Grund in unseren nördlicheren Breiten hauptsächlich die frühe Sorte Fedora in Frage.

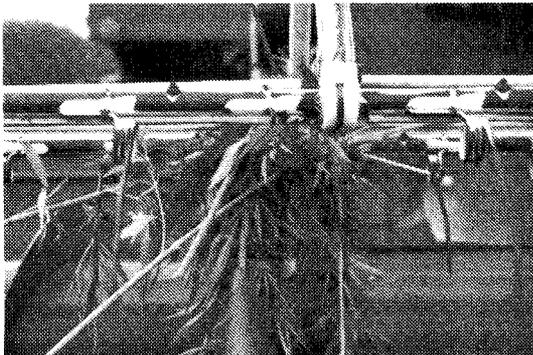
Insgesamt sind zur Zeit folgende Sorten von der EU für den Anbau zugelassen: Carmagnola, CS, Delta-Llosa, Delta 405, Epsilon 68, Fedora 19, Fedrina 74, Felina 34, Ferimon, Fibranova, Fibrimon 24, Fibrimon 56, Futura, Santhica 23.

Empfehlungen für den Anbau

Der Anbau und die Pflege des Hanfes sind unproblematisch, da mit Ausnahme der Erntetechnik die vorhandenen Maschinen genutzt werden können. Da der Hanf nach dem Auflaufen ausgesprochen schnell wächst, ist er sehr konkurrenzstark gegenüber Unkräutern. Ein Herbizideinsatz war daher nicht notwendig. 1996 traten zwar Schädlinge wie z.B. der Hanferdfloh, die Gammaeule und Pilzkrankungen auf, Bekämpfungsmaßnahmen waren diesbezüglich aber nicht erforderlich. Hinsichtlich der Stickstoffversorgung ist der Hanf entgegen anfänglichen Meinungen mit 120 bis 180 kg N/ha sehr anspruchsvoll.

Große Unsicherheiten bei der Nutzhanferzeugung brachte die Ernte. Die Erntereife erreicht der Faserhanf in Abhängigkeit von der Sorte und den Klimabedingungen ca. 100 - 110 Tage nach der Aussaat. 1996 war der Erntezeitpunkt aufgrund der EU-Beihilferegelungen so fest-

Überall, wo sich was dreht, können Wickelprobleme auftreten (Haspel).



Anbautelegramm Faserhanf

Aussaat:	Anfang bis Ende April
Reihenabstand:	10-15 cm Reihenabstand
Saattiefe:	2 - 4 cm
Saatstärke:	200 Körner/m ² = 40 bis 50 kg/ha
Pflanzenschutz:	kein Pflanzenschutz erforderlich
Düngung:	120 bis 180 kg N/ha 80 kg P ₂ O ₅ /ha 120 kg K ₂ O/ha
Ernte:	August/September gesetzl. Vorgaben beachten!

Kontakt

Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf Projektbüro Hanf, Hans-Bernd Hartmann, Haus Düsse, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen ☎ 02945/989195 Fax 02945/989133

Offene Mitgliederversammlung des Hanfvereins NRW

am 10.03.97, 13.00 Uhr Haus Düsse

- Das Hanfprojekt 1996; H.B. Hartmann
- Hanfversuche 1996; Dr. Karsten Block
- Faseraufschluß; Herr Wolpers, Temafa
- NRW-Studie Hanf in NRW, Wege zum Aufbau; Michael Karus, Nova-Institut
- Hanfanbau 1997; Rechtl. Rahmen, Anbauumfang, Faseraufschluß

Bereits um 10.00 Uhr findet die interne Mitgliederversammlung des Vereins statt

Nähere Infos: Hanfbüro 02945/989195



Häckslerarbeit nach Spitzendrusch.

Fotos: H. B. Hartmann

gelegt, daß 50 % der Samen reif sein müssen. Angesichts der vorhandenen Sorten ist das im nördlicheren NRW und höheren Anbaulagen ein Problem. Dieser gesetzlich festgelegte Erntezeitpunkt stimmt nicht mit dem Zeitpunkt der optimalen Faserreife überein, der bereits Mitte August mit der Blüte erreicht wird. Daher ist ein früherer Erntetermin pflanzenbaulich und aus Witterungsgründen erforderlich. Für die Verarbeitung ist strohtrockenes Material mit einer Restfeuchte von ca. 15 % erforderlich.

Die EU-Bestimmungen passen nicht zu den Bedürfnissen der Pflanzen.

Sehr schnell getrockneter Grünhanf, das zeigen die ersten Entholzungsversuche, ist schwerer von den Schäben zu trennen als angeröstete Ware. Zur Ernte von Faserhanf stand 1996 regional nur eine Hanfspezialerntemaschine zur Verfügung. Vor der Entscheidung für den Anbau von Hanf ist daher zunächst die Nutzungsrichtung als Faser- oder Körnernutzung und die passende Erntetechnik zu klären. Für den Anbau von Hanf zur Körnernutzung kommen angesichts der derzeit erlaubten EU-Sorten, die erst Ende September/Anfang Oktober die Körnerreife erreichen, vor allem wärmere Standorte mit höherer Sonneneinstrahlung in Frage. Demgegenüber ist in Norddeutschland angesichts der Witterung die Fasernutzung zu bevorzugen.

Faseraufschluß

Für den Faseraufschluß gehen in Nordrhein Westfalen derzeit von folgenden Einrichtungen Aktivitäten aus:
- Die Firma Temafa aus Bergisch-Gladbach verfügt über eine Technikumsanlage, in der Aufbereitungsversuche mit Hanfstroh der Ernte 1996 gefahren werden.

- Im holztechnologischen Labor der Fachhochschule Lippe arbeitet Prof. Hesch bereits seit Jahren an Entwicklungen im Bereich nachwachsender Rohstoffe. Im Labormaßstab wird dort an der Grünhanfentholzung gearbeitet.
- Die Kölner Baumwollbleicherei betreibt eine Versuchsanlage, die mit Ultraschallaufschluß neue Wege des Faseraufschlusses versucht.

Im Rahmen des Hanfprojektes konnten in der Technikumsanlage der Firma Temafa ca. eine Tonne Hanffasern gewonnen werden. Dabei wurde deutlich, daß die dort vorhandene Faseraufschlußtechnologie in der Lage ist, 20 % Fasern aus dem Hanfstroh zu erschließen. Ferner wurde deutlich, daß nicht eingekürztes Erntegut (Länge: 2,50 bis 4 m) an den Brecherwalzen der Anlage zu Wickelproblemen führt. Daher ist mit Blick auf die kommenden Jahre die Schnitttechnik so zu gestalten, daß eine Einkürzung auf 60 cm erfolgt, um so die Wickelprobleme zum einen auf dem Acker und zum anderen in der ersten Aufbereitungsstufe zu minimieren.

Die bei Temafa gewonnenen Fasermengen dienen der Produktentwicklung und ersten Tests bei in NRW ansässigen Unternehmen. Eine Entwicklung bis zu einem technisch ausgereiften Produkt benötigt Zeit für Experimente und technische Überprüfungen. Die Motivation hierfür ist bei einer Reihe von Firmen vorhanden.

Für den Anbau 1997 lassen sich folgende Empfehlungen ableiten:
- Angesichts einer fehlenden regionalen Faseraufschlußanlage sollte die Anbaufläche 1997 nicht weiter ausgedehnt werden.
- Der Anbau muß regional stärker konzentriert werden, um Ernte- und Frachtkosten zu minimieren.

- Interessierte Landwirte können sich in der LVA Haus Düsse am 10.03.1997 in einer offenen Mitgliederversammlung des Hanfvereines über die Verwertungserfahrungen der letzten Ernte und den Anbau 1997 informieren.

Tabelle 1: Einfluß der Saatzeit auf den Trockenmasseertrag von Hanf

Haus Düsse 1996, Sorte Fedrina

	TM Ertrag Ges.-Pflanze (dt/ha)	Relativ-ertrag	FM-Ertrag (dt/ha)	% TS Ges.-Pflanze	Bestandes-dichte	Pflanzen-länge (cm)
Mitte April (15.04.96)	151,0	114	475	31,8	132	272
Ende April (30.04.96)	131,0	99	429	30,5	120	261
Mitte Mai (15.05.96)	114,7	87	377	30,4	156	275
Mittel	132,2	100	427	30,9	136	269

(TM= Trockenmasse, FM= Frischmasse, TS= Trockensubstanz)

Tabelle 2: Einfluß der Bestandesdichte und der Saatmenge auf den Ertrag von Hanf

Haus Düsse 1996

N-Düngung	TM Ertrag Ges.-Pflanze (dt/ha)	Relativ-ertrag	FM-Ertrag (dt/ha)	% TS Ges.-Pflanze	Bestandes-dichte	Pflanzen-länge (cm)
50 kg N/ha	123,9	89	396	31,3	172	257
100 kg N/ha	142,7	102	453	31,5	162	273
150 kg N/ha	152,4	109	480	31,8	180	278
Saatmenge						
100 Kö/m ²	136,4	98	426	32	65	296
200 Kö/m ²	142,7	102	450	31,7	137	276
300 Kö/m ²	143	102	456	31,4	209	256
400 Kö/m ²	136,6	98	439	31,1	272	251
Mittel	139,7	100	443	31,6	171	270

(TM= Trockenmasse, FM= Frischmasse, TS= Trockensubstanz)

Tabelle 3: Landessortenversuch zu Hanf (Fasernutzung)

Haus Düsse 1996

Sorte	TM-Ertrag Ges.-Pflanze (dt/ha)	Relativ-ertrag	FM-Ertrag (dt/ha)	% TS Ges.-Pflanze	Bestandes-dichte	Pflanzen-länge (cm)
Felina 34	118,4	90	354	33,5	170	251
Fedora 19	127,7	97	357	35,8	164	258
Fedrina 74	140,5	106	426	33,0	144	261
Ferimon	118,0	89	358	33,0	118	247
Futura	155,4	118	468	33,2	126	273
Mittel	132,0	100	392	33,7	144	258

(TM= Trockenmasse, FM= Frischmasse, TS= Trockensubstanz)

Tabelle 4: Landessortenversuch zu Hanf (Körnernutzung)

Merklingsen (FH Soest) 1996

Sorte	Kornertrag bei 91 % TS (dt/ha)	Relativ-ertrag	% TS Korn	Bestandes-dichte	Pflanzen-länge (cm)
Felina 34	7,41	104	84,0	52	225
Fedora 19	7,54	105	86,3	57	242
Fedrina 74	7,06	99	82,7	65	241
Ferimon	6,32	88	84,7	55	242
Futura	7,14	100	81,1	62	308
Mittel	7,09	100,00	83,8	58	252

(TS= Trockensubstanz)

ERLESENER HANF

NRW Hanftag

Zum NRW Hanftag im Herbst letzten Jahres ist kürzlich die Tagungsdokumentation „Hanf 1996 – Wiederkehr einer Kulturpflanze“ mit sämtlichen Referaten (u. a. Prof. Bocsa aus Ungarn zu Aussaat, Sortenwahl und Pflege; Firma HempFlax zum Anbau-Verarbeitungskonzept in den Niederlanden; M. Karus, Nova-Institut) und wesentlichen Aspekten aus der Diskussion erschienen, herausgegeben vom Hanf-Verein und der

Landwirtschaftskammer Westfalen Lippe (Haus Düsse). Das Heft (DIN 4, ca. 50 S.) ist zu beziehen für 10 DM im ABL Bauernblatt Verlag.

Produktlinien

Ebenfalls im ABL Bauernblatt Verlag gibt es die Studie von Michael Karus vom Nova-Institut Köln „Hanf in Deutschland – das erste Jahr: Welche Produktlinien sind bereits 1996 in der Realisierung?“, die in vierter Auflage im Herbst letzten Jahres erschienen ist. Die The-

men u. a.: Förderpolitik, Qualitätsmerkmale der Hanffaser im Vergleich, verfügbare und geplante Faseraufschlußanlagen, Produkte wie Textilien, Papier, Faserdämmstoff, Formpreßteile oder Öl aus Hanf. Ca. 40 S., DIN 5, 8 DM.

Öko-Hanf

Der Bedarf an Ökotextilien steigt ständig. Am Anfang steht die ökologisch erzeugte Textilfaser. „Der Hanfanbau ist für den ökologischen Landbau eine besondere Herausforderung, da bislang

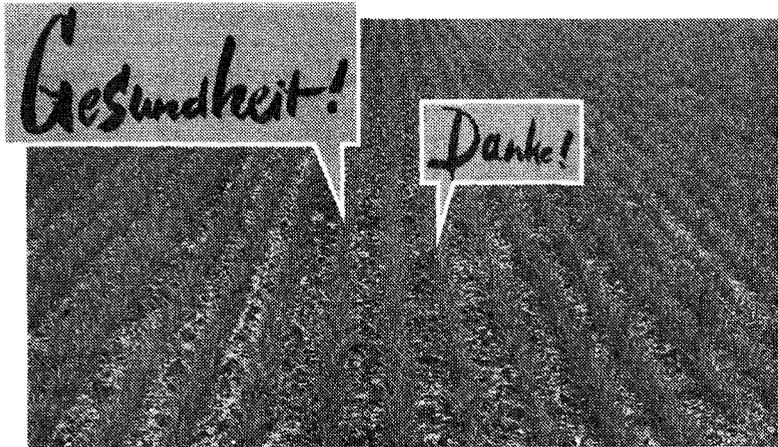
kaum Erfahrungen vorliegen“, heißt es zum Buch „Nutzhanf – vom konventionellen zum ökologischen Anbau“, welches als Sonderausgabe Nr. 67 der Stiftung Ökologie & Landbau im Deukalion Verlag erschienen ist, herausgegeben vom Katalyse e.V. – Institut für angewandte Umweltforschung. Das Buch versteht sich als erster Schritt zum Hanfanbau unter den Bedingungen des ökologischen Anbaus. Ca. 100 S, 12.80 DM. Es ist auch im ABL Bauernblatt Verlag erhältlich.

„Größere Gebiete in natürlicher Vielgestaltigkeit...“

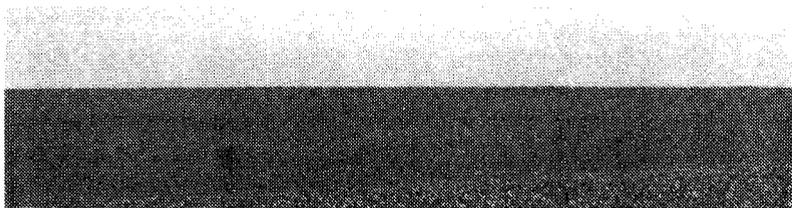
Das Landschaftsbild der Pflanzenschutz-Industrie

In den Landwirtschaftszeitungen sind jetzt im Frühjahr wieder besonders viele bunte Seiten mit Reklame für Herbizide, Fungizide, Wachstumsregler und Insektizide gefüllt. Was dabei auffällt: In den Werbeanzeigen stellen überraschend

Das Landschaftsbild in der Werbung für ...



... Bion



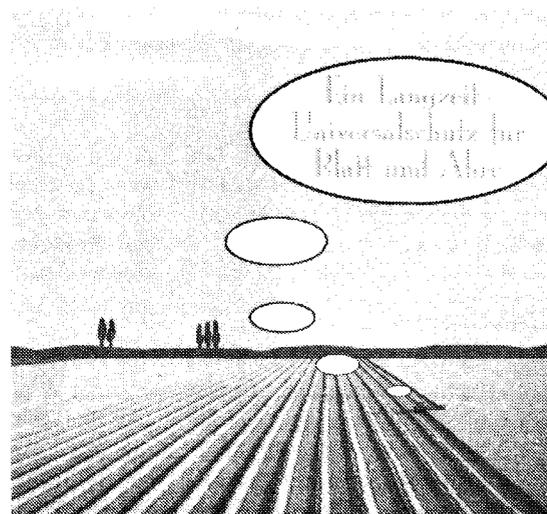
... Debut



... Domino



... das lückenlose Sortiment



... Opus Top

viele Pflanzenschutz-Unternehmen Landschafts-Abbildungen in den Mittelpunkt. Und da lohnt sich ein genaueres Hinsehen.

Daß da Felder ohne jeglichen Rest-Besatz an Unkräutern oder Ungräsern präsentiert werden, das war (allen Schadschwellen zum Trotz) zu erwarten und wäre allein wenig überraschend. Was jedoch verwundert: Da werden nicht nur die Felder ohne jeglichen unerwünschten Bewuchs gezeigt, sondern gleich riesige Ackerschläge, ja ganze Landschaften, völlig ausgeräumt bis zum Horizont, ohne Bäume, Büsche, Hecken oder auch nur Randstreifen.

Die „Bion“-Werbung von Novartis zum Beispiel zeigt uns peinlich-saubere Getreide-Drillreihen bis zum Horizont, die DuPont-Anzeige für das Herbizid „Debut“ entsprechende Rübenbestände. Die Werbung von AgrEvo und Bayer für das Herbizid „Domino“ bietet als Augenschmaus immerhin einen Bauern in der Hängematte vor entsprechenden Rübenreihen, das „Rübenschutzprogramm“ von Bayer einen Rübenroder.

Da erfreut es uns schon, wenn wir in der Bayer-Werbung für das „lückenlose Sortiment“ im Kartoffelanbau in der öden Landschaft am fernen Horizont mit Mühe ein einzelnes kleines Restbäumchen entdecken können.

„Neue Dimensionen im Getreidebau“ verspricht uns die BASF mit ihrem Spitzenfungizid „Opus Top“. „Neue Dimensionen“ – offenbar auch in der Feld- und Landschaftsgestaltung. Da zieht ein einsamer Mähdrescher seine Reihen durch eine kahle platte Region, von Feldrand zu Feldrand offenbar mehrere Kilometer ohne jede optische Abwechslung. Da verwundert es uns nicht, daß in den Gedankenblasen des Mähdrescherfahrers nichts anderes mehr zustandekommt als der Ge-

danke an die Langzeitwirkung und den „Universalschutz“ durch Opus-Top.

„Universalschutz“! Dies ist die Botschaft dieser Werbe-Bilder: Alles unter Chemie-Kontrolle! Ganz offensichtlich ist das Streben, unkontrollierte Pflanzen und Natur auszuschalten, so vollständig und so tief bei den Agrochemie-Werbern verankert, daß es am Feldrand nicht halt machen kann. Natur stört und wird nicht mehr gebraucht: weder als Beikraut auf dem Feld noch als Hecke am Ackerrand, weder als Lebensraum für Nützlinge noch als Bremser gegen Erosion, nicht als Belebung des Landschaftsbildes und auch nicht als prägender Bestandteil von Heimat.

Wie anders sieht da doch die Werbung der Pflanzenschutz-Industrie gegenüber Nicht-Landwirten aus. In einer aktuellen Broschüre des IVA-Industrieverband Agrar heißt es: „Pflanzenschutz- und Düngemittel ermöglichen die Produktion von mehr Nahrungsmitteln pro Flächeneinheit. Ihr Einsatz schont so die knappste Ressource unseres Planeten, die verfügbare Fläche. Er hilft, die natürlichen Lebensräume für Tiere und Pflanzen zu bewahren, die Artenvielfalt zu erhalten...“ und weiter: „Größere Gebiete können dadurch in ihrer natürlichen Vielgestaltigkeit erhalten bleiben...“ Diese „größeren und vielgestaltigen Landschaften“ der Agrarchemie – sie müssen wohl weit abseits hinter dem Horizont der ausgeräumten Landschaften liegen. *en*



... das Rübenschutzprogramm 1997

Binnenmarkt statt Babyschutz?

Streit um Rückstände in Babynahrung

Weil die besonders strengen deutschen Rückstands-Grenzwerte für Pflanzenschutzmittel in Babynahrung den hier höheren Verkauf ausländischer Babykost mit höheren Rückstandswerten behindern, will die EU-Kommission die Bundesrepublik zum Import dieser Waren zwingen. Für die niedrigen Schadstoff-Grenzwerte in den deutschen Babykost-Vorschriften gebe es keinen Grund. Gegenstand des Streits, der sich seit 1994 hinzieht, ist die Babykost eines spanischen Billig-Herstellers, die 0,03 mg Lindan je kg enthielt statt der hier zulässigen 0,01 Milligramm.

Zur Zeit gibt es noch keine EU-Vorschrift darüber, wieviel Lindan einem Kleinkind zuzumuten sei – eine solche Richtlinie wird erst erarbeitet. Stattdessen beruft sich die Kommission auf die Spielregeln des EU-Binnenmarkts. Danach muß ein EU-Land alle Produkte hereinlassen, die in einem anderen Land erlaubt sind. Ausnahmen gibt es nur, wenn sich ein gesundheitliches Risiko wissenschaftlich nachweisen läßt.

Und genau darum tobt zur Zeit der Streit. Die Bundesrepublik steht auf dem Standpunkt, bei Lebensmitteln für Kleinkinder sei besondere Vorsicht angezeigt. Die Methode, mit der der „unbedenkliche tägliche Verbrauch“ von

Schadstoffen ermittelt werde, berücksichtige z.B. keine Altersunterschiede. Kleinkinder aber reagieren da wesentlich empfindlicher. Und ohnehin stehen die Meinungen von EU-Wissenschafts-Experten spätestens seit der BSE-Risiko-Verharmlosung im Zwielficht. Formaljuristisch hat die Bundesregierung trotzdem Probleme, zumal sie schon geäußert hat, die deutschen Grenzwerte seien eine reine Vorsorgemaßnahme, die prinzipiell ohne Gesundheitsrisiko überschritten werden könnten. Eine andere Frage ist, inwieweit sich die EU-Kommission politisch traut, einen Mitgliedsstaat unter Druck zu setzen, damit er Babykost mit höherem Schadstoffgehalt zuläßt.

Die deutschen Vorschriften hatten bisher zur Folge, daß hierzulande immer mehr Bioprodukte in der Babynahrung eingesetzt wurden. Eine Liberalisierung der Grenzwerte würde auch diesen Absatzweg der Biobauern gefährden. Die Kommissionsentscheidung provozierte eine heftige Kritik der Grünen im Europaparlament. Sollte der freie Handel im Binnenmarkt tatsächlich höher zu bewerten sein als der Verbraucherschutz, dann „würden die Grundwerte der EU erschüttert“.

en



Amylose-Pleite verschleppt?

Nach der Pleite des Erbsen-Verarbeiters „Amylose KG“ im bayerischen Altenmark sind Landwirte und Landhändler die Hauptgeschädigten. Die tausend Bauern fürchten u.a. den Verlust ihrer hinterlegten Stilllegungs-Kauttionen, die sie nur dann zurückerhalten, wenn die auf stillgelegten Flächen angebauten Erbsen tatsächlich als „nachwachsende Rohstoffe“ verarbeitet werden. Laut Ernährungsdienst fragen sich viele, ob der Pleite nicht eine bewußte Konkursverschleppung voranging. Das Unternehmen stellte nur kurze Zeit aus Erbsen ein Granulat für die Chemie-Industrie her, bevor die Produktion eingestellt wurde. Die Betreiber und das bayerische Landwirtschaftsministerium hatten stets behauptet, für das Granulat gebe es feste Abnahmeverträge. Laut top agrar soll der Absatz des Endprodukts aber keineswegs gesichert

sein. Das bayerische Landwirtschaftsministerium hatte die Anlage mit einem Zuschuß von 4 Mio. DM gefördert und auch nach der Finanzkrise infolge überhöhter Baukosten und Managementfehlern von „erfolgreichen Verhandlungen mit Investoren“ und „beinahe gesicherten Finanzierungskonzepten“ gesprochen. Bauern und Landhändler hatten lange auf die positiven Stellungnahmen des Ministeriums vertraut. Enttäuscht sind etliche Bauern laut Ernährungsdienst über die „zurückhaltende Kritik“ des Bayerischen Bauernverbandes. Hinter vorgehaltener Hand sei jedoch zu hören, daß der Bauernverband als Körperschaft des öffentlichen Rechts Steuergelder in Höhe von 3 bis 4 Mio. DM/Jahr erhalte und deshalb bei Kritik gegen den Landwirtschaftsminister „eine gewisse Zurückhaltung“ üben müsse.

en

KURZES AM RANDE

Ciba plus Sandoz = Novartis

Nach dem Zusammenschluß von Ciba-Geigy und Sandoz zur Novartis AG rangiert der neue Konzern weltweit beim Pflanzenschutz auf Rang eins, bei Pharma/Ernährung/Saatgut auf dem zweiten und bei „Tiergesundheit“ auf dem dritten Platz. Im Pflanzenschutz-Weltmarkt herrschen jetzt (bezogen auf 1995) folgende Umsatz-Verhältnisse: Novartis vorweg mit 6,1 Mrd. DM, gefolgt von Agrevo und DuPont mit je 3,3 Mrd. DM, danach Monsanto und Zeneca mit jeweils 3,2 Mrd. DM, Bayer mit 3 Mrd., Rhone-Poulenc mit 2,8 Mrd., Dow Elanco mit 2,6 Mrd., American Home mit 2,4 Mrd. und die BASF mit 1,9 Mrd. DM. Alle Unternehmen bestreiten zusammen 85 Prozent des Weltmarkts, Novartis allein knapp 16 Prozent. en

Steuern auf Pflanzenschutz- und Düngemittel?

Zu einer Besteuerung von Pflanzenschutzmitteln und Düngern könnten demnächst Vorschläge der EU-Kommission zur Einschränkung der Wasserverschmutzung führen. Laut DLG erheben Dänemark und Schweden bereits eine Pflanzenschutzmittel-Steuer und Schweden, Norwegen und Österreich eine Steuer auf Düngemittel. en

Zitronensäure-Kartell

Wegen illegaler Preisabsprachen bei Zitronensäure hat sich das Chemie-Unternehmen Haarmann & Reimer (Teil des Bayer-Konzerns) gegenüber dem amerikanischen Justizministerium für schuldig bekannt und eine Geldstrafe von 50 Millionen Dollar akzeptiert. Zitronensäure ist ein Geschmacks- und Konservierungsstoff für Getränke, Nahrungsmittel, Waschmittel und Kosmetika. Das Schuldanerkenntnis ist der jüngste Höhepunkt in einem Skandal, in dessen Zentrum der amerikanische Getreide-, Ölsaaten- und Futtermittelkonzern Archer-Daniels-Midland ADM steht (zu dem auch die Hamburger Oelmühle und die Getreidehandelsfirma Toepfer gehören). Durch eine Abhöraktion hatten die Strafbehörden aufgedeckt, daß ADM mit mehreren Wettbewerbern illegale Kartelle gebildet hatte, um die Märkte für Zitronensäure und Lysine zum Schaden der Abnehmer zu manipulieren. Mehrere betroffene Unternehmen haben sich bereits schuldig bekannt bzw. Schadenersatz gezahlt, z.B. ADM und der Schweizer Chemiekonzern Hoffmann-LaRoche. en

Babykost-Markt: heiß umkämpft

Der lukrative europäische Babykost-Markt, der rund 4 Milliarden Dollar ausmacht, ist zwischen Nahrungskonzernen heiß umkämpft. Fünf große Anbieter, so die Lebensmittelzeitung, beherrschen rund 80 Prozent des Gesamtmarkts. 24 Prozent Marktanteil hat der Nestlé-Konzern, gefolgt mit 19 % von der holländischen Nutricia, die kürzlich auch die deutsche Milupa kaufte. In den Markt expandieren verstärkt der US-Konzern Heinz mit 18 % und der französische Danone-Konzern mit derzeit 11 % Marktanteil. Wie Danone verfügt Heinz nicht über eine europaweite Präsenz. Gleiches gilt für die Pfaffenhofener Hipp-Werke, deren Europa-Anteil bei 6 Prozent liegt, die aber in Deutschland einen etwa gleichhohen Marktanteil haben wie Alete/Nestlé. en

CMA-Werbung mit holländischem Geld

Nach einer kritischen Anfrage von Gärtnern hat die Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) jetzt endlich bekanntgegeben, daß von den insgesamt erhobenen Zwangsbeiträgen deutscher Landwirte in Höhe von 190 Millionen DM immerhin etwa 6,9 Mio. DM aus deutschen Zierpflanzen-Betrieben stammen. Die CMA, die doch eigentlich für deutsche Agrarprodukte werben soll, mußte pikanterweise zugeben, daß fast die Hälfte der CMA-Werbeausgaben für Zierpflanzen aus einem „Kooperationsbeitrag“ des holländischen Blumenbüros stammt. Die Blumenlieferungen des holländischen Blumenhandels aber stammen zum überwiegenden Teil aus weltweitem Anbau, mit zum Teil fragwürdigen Produktionsbedingungen im sozialen und ökologischen Bereich. Da kann man verstehen, welche Schwierigkeiten es der CMA bereitet, gezielt und effektiv für bestimmte Qualitäten oder für regionale oder auch nur nationale Produkte zu werben. Da muß die Werbung so allgemein-nichtssagend bleiben wie etwa das CMA-Motto: „Deutschland – Blumenland – ohne Blumen fehlt dir was...“. Wer die Musik bezahlt, bestimmt bekanntlich die Melodie. en

K
U
H
P
O
N

Aufmerksamen LeserInnen wird es nicht entgangen sein: Auf dieser Seite fehlen die ABL-Drucksachen und der Bestellcoupon. Das heißt aber nicht, daß beim ABL Bauernblatt Verlag nichts mehr zu bestellen wäre. Im Gegenteil: Unbedingt lesenswert und diskussionswürdig ist der neue Kritische Agrarbericht 97. Zu bestellen z. B. per Telefon, Fax, Postkarte (eventuell aus der Postkarten-Serie der Bauernstimme „Viele Kühe“) und/oder alten Bestellcoupons.

Die internationale Nahrungs-Industrie

Über die Entwicklungen und Strategien der internationalen Nahrungsmittel-Industrie berichtet eine lesenswerte Studie (in englischer Sprache), die von der Rabobank herausgegeben wird. Sie beschreibt den Nahrungs- und Agrobusiness-Komplex in verschiedenen Ländern und Branchen vor dem Hintergrund der weltweiten Nachfrage-Entwicklung, dem Einfluß politischer und technologischer Faktoren, veränderter Konkurrenz und der Veränderungen im Handel. Die größten multinationalen Nahrungskonzerne werden hinsichtlich ihrer Marktanteile und ihrer Internationalisierungs- und Diversifikations-Strategien untersucht: Nestle, Philip Morris, Unilever, PepsiCo, Coca Cola, Danone, Grand Metropolitan, RJR Nabisco und Sara Lee. Die Studie kommt u.a. zu folgenden Ergebnissen:

Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln ist in den meisten entwickelten Märkten gesättigt, neue wachsende Märkte gibt es aber in Ostasien und Lateinamerika. Die großen Handelskonzerne, die in den gesättigten Märkten am dichtesten am Ver-

braucher sind, gewinnen immer mehr Marktmacht, u.a. durch die Schaffung eigener Handels-Marken. Nur spezialisierte oder multinationale Nahrungshersteller mit starken Marken und starker Marktposition können ihre Position gegenüber dem Handel und den billigen Handelsmarken behaupten. Diese Nahrungskonzerne wachsen derzeit vor allem durch den Ausbau ihrer Markenartikel, durch die Konzentration auf diese eigenen Stärken, durch die Entwicklung neuer oder veränderter Produkte und durch das Eindringen in neue Märkte. Die Zeit des Wachstums durch Zukäufe von branchenfremden Unternehmen scheint vorbei, auch die Chancen für die Übernahme starker nationaler Lebensmittel-Marken durch die Nahrungskonzerne sinken infolge der wachsenden Konzentration zwischen den großen Marken-Anbietern. *en*

The international food industry – development and strategies, 1995, Rabobank Nederland, 75 Seiten, 45 US-Dollar, Bezug über Rabobank Deutschland AG, Postfach 900749, 60447 Frankfurt/M.

Streit-lustig, aber sachlich diskutieren

Leserbrief zu „...weder adelig noch Kriegsverbrecher“ in Bauernstimme Nr. 187

In dem oben genannten Leserbrief heißt es mit Bezug zu meinem Artikel „Bauernland wieder in Junkerhand?“ „...ein sehr polemischer Artikel, der die Enteignungen zwischen 1945 und 1949 als richtig anerkennt...“. Dieses und die kürzlich erfolgte Forderung des Bundesjustizministers Schmidt-Jortzig nach Rückgabe des bei der Treuhand befindlichen Bodenreform-Eigentums nehme ich zum Anlaß, mich zur Problematik 'Bodenreform' noch einmal grundsätzlich zu äußern.

Der Anlass meines Artikels damals war der Artikel von J. Dettmer „Das Schreckengesicht des bösen Alteigentümers“ in der Bauernstimme Nr. 160. An dieser Stelle sei hier kritisch und selbstkritisch angemerkt, daß beide Überschriften vielleicht zu übertrieben „inszeniert“ wirken, (die des letzten Artikels „... weder adelig noch Kriegsverbrecher“ allerdings auch). Ich verwehre mich aber dagegen, daß der „polemische Artikel ...als richtig anerkennt, (daß) Adel und Kriegsverbrecher, die Besitzer des enteigneten Landes waren, bestraft werden müssen.“ Wenn „Polemik“ (lt. Duden) als „unsachlicher Angriff“ gemeint war – was ich annehme – weise ich das von mir, denn:

1. Jeder, der sich die Mühe macht, nachzulesen, weiß, daß dieser Artikel nicht polemisierend einseitig alles Geschehene befürwortet, sondern ich habe im Gegenteil mit sehr reichlichem Zahlenmaterial das Thema „Bodenreform“ insgesamt versucht, darzustellen.

2. Ich habe an keiner Stelle des Artikels und auch zu keinem anderen Anlaß „... für richtig anerkannt, (daß) Adel und Kriegsverbrecher ... bestraft werden ...“. Daß zum Thema Bodenreform 1945 die enteigneten „Nazi, Kriegsverbrecher, Junker und Großgrundbesitzer“ in einer Wortfolge genannt werden – bei meinem Artikel als Zitat aus dem britischen Befehl der Militärregierung Nr. 52 und dem

sowjetischen Nr. 124 – bedeutet noch lange keine „Wert“-schätzung oder „Schuld“-sprechung.

Die Problematik der „Junker“ war mir auch 1994 bewußt, deshalb hatte ich damals schon viel Platz verwendet, um die Rolle des Adels in Deutschland zu jener Zeit darzulegen und ich lasse mir deswegen nicht immer wieder Unsachlichkeit vorwerfen. (Wer sich in diesem Zusammenhang für diese Thematik interessiert, sei hier an die Studie von Koning erinnert, der darin appelliert, in der Ursachen-suche „die Rolle der Grundbesitzer auf ihre richtige Größe zu reduzieren und sich nicht länger vor der Frage (zu) drück(en), ... welchen Anteil das Großbürgertum bei der Verursachung der Katastrophe hatte.“)

3. Anlass meines Artikels damals war der Satz J. Dettmers: „Einig ist man sich auch darüber, daß Enteignungen in der ehemaligen DDR in der Regel unrechtmäßig und entschädigungslos erfolgt sind und die Enteignungen während der Bodenreform ein Unrecht darstellen“. **Hier sind erstens die Geschehnisse vor 1949 mit denen nach 1949 einfach gleichgesetzt worden – was ich als unverantwortlich bezüglich sachlicher Geschichtsaufarbeitung bezeichne – und zweitens die Bodenreformereignisse als Unrecht bezeichnet worden sind, wogegen ich mich damals aussprach – und das mache ich auch heute.**

4. Mir ist bewußt, daß die Summe von Einzelschicksalen die realistischste Geschichte schreibt. Gerade deshalb schon 1994 in meinem Artikel so viele Zahlen. Auch zu unbegründeten, unredlichen und kriminellen Vorgängen vor 1949 und nach 1949 gibt es Zahlen, (die man allerdings aufwendiger suchen muß). Wenn Großgrundbesitzer, Adelige und Kriegsverbrecher enteignet wurden, warum müssen sich dann die Bodenbesitzer dafür rechtfertigen, keine Kriegs-

verbrecher zu sein? Und warum die Be-teuerung, nicht adelig zu sein? Ich habe Adelige nicht pauschal verunglimpft und würde es auch heute nicht, auch darin liegt die Akzeptanz von Lebensläufen: manchen „von ...“ habe ich in sehr guter Erinnerung.

Und als letztes auch etwas Persönliches zu Einzelschicksalen: Ich bin in der DDR aufgewachsen und mein Vater saß 1976 in Untersuchungshaft wegen Vorwürfen von Wirtschaftskriminalität, die bei ihm – er war Architekt – gerichtlich nicht bestätigt werden konnten. Wie unrecht er damals empfand, monatelang in Untersuchungshaft zu sitzen, konnte ich nach seiner Haftentlassung „spüren“, er wurde krebskrank und verstarb, ich war damals 15. Trotzdem habe ich in Auseinandersetzungen bis jetzt nicht das Wort „Unrechtsstaat“ verwendet – und das ist keine Toleranzfrage, sondern Akzeptanzfrage der gesamten 16 Mio. Lebensläufe. Unrecht bleibt immer Unrecht, aber „Unrechtsstaat“?

5. Kernfrage der Debatte ist für mich die Frage nach dem Verhältnis Landwirt – Eigentum. Die Bodenreform von 1945 war die erste, welche entschädigungslos (über 100 ha) enteignete. Hier genau liegt ein Streitpunkt. Weil damals – 1945 – und vor dem Hintergrund der Ereignisse und Suche nach den Verursachern – entschieden wurde, daß die damaligen „Eigentümer“ – nicht nur aus der Landwirtschaft, sondern auch Industrie – als mitschuldig befunden wurden am Ausbruch und Verlauf des Krieges.

Die weiterführende grundsätzliche Frage lautet: Verträgt sich überhaupt Verantwortung mit Eigentum, wenn die Bedingungen immer wieder dazu führen, daß das Eigentum ständig wächst (siehe die jetzigen Betriebsgrößen) und dagegen die Verantwortung immer weiter schrumpft (siehe das Verschwinden der Bauern)? Und ab wieviel ha verliert ein

auch noch so tüchtiger Landwirt buchstäblich den „Überblick“? Und wie ist es mit der umgekehrten Maxime, daß Verantwortung ohne Eigentum nicht möglich sei?

Und: Ab wann ist eine Bodenreform legitim (damit alle, die bereit sind, landwirtschaftliche Verantwortung zu übernehmen, diese Chance auch bekommen)? Und wenn diese legitim ist, ab wann wird auf den Boden einfach zurückgegriffen? Ohne Entschädigung? Waren 1945 die 100 ha – Grenze ein Unrecht? Inwieweit war Großgrundbesitz „rechtmäßig“ erworben in der Geschichte? Kann Boden überhaupt Bestandteil einer Vergütung sein? Ist Boden nicht wie Luft und Wasser zu behandeln, d.h., muß er nicht demokratisch kontrolliert und ansonsten per Nutzungsvertrag den Landwirten überlassen werden?

Ich würde es jedenfalls sehr begrüßen, wenn es zur Problematik „Entschädigungslose Bodenreform – Recht oder Unrecht?“ und vor allem zu der Frage „bodenbesitzende Bauern – bäuerliche? Bodenbesitzer“ im Interesse einer verantwortungsvollen zukünftigen Landwirtschaft in der ABL und der Bauernstimme zu Streit-lustigen, aber sachlichen Debatten kommt.

Katrin Küster, 99086 Erfurt

Literatur: – Bauernstimme Nr. 160, S.10; Nr.161, S.16, Nr. 187, S. 20; – arbeitsergebnisse Nr. 33, März 1996, Fachbereich 13 der Gesamthochschule Kassel, Artikel S. 30 ff: Peters, A.: Übersicht über die Argumentation von Nick Koning“

LeserInnenbriefe ...

... geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion muß sich aus Platzgründen vorbehalten, Zuschriften zu kürzen.

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen DM 15,-; Gewerbliche Kleinanzeigen DM 25,-; Chiffregebühr DM 5,-

Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 10. des Vormonats. Anzeigen bis DM 25,- nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von DM 5,- für die Rechnungsstellung erhoben. Rechnungsstellung erst ab DM 25,-. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste Nr. 1/95. Anzeigenbestellungen bitte schriftlich an: „Unabhängige Bauernstimme“, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück.

(Klein) ANZEIGEN

Hof und Arbeit

- **Landwirtschaftsgehilfin** (28) mit Pferd sucht zu Mai '97 Arbeitsplatz und Lebensraum auf Bio-Hof. Erfahrungen in **Mutterkuh- und Pferdehaltung** sowie Hofbäckerei und Hofladen vorhanden. Sabine Schambach, Kesperstr. 38, 37181 Espol, ab 20 Uhr ☎ 05555-701
- Für unseren **Demeter-Hof in Bayern** suchen wir eine Familie, die entweder den Bereich Milchvieh und Außenwirtschaft oder die Milchverarbeitung mit Vermarktung verantwortungsbewußt weiterführen möchte. **Chiffre 3/97-1**
- **Vielseitige Agraringenieurin** (30) mit Schulkind und mehrjähr. Erf. in Direktverm. + NK-EH bietet stundenweise Mithilfe auf AGÖL-Betrieb (gerne auch gel. Ki-betr.) gegen günstige Wohnmöglichk. (2 - 3 Zi, eig. Bad, mind. 50 qm) im Köln/Bonner Raum, Rhein-Sieg-Kreis oder östl. WW (Umgebung Gießen). **Chiffre 3/97-2**
- **Landwirtschaftlicher Betrieb in Mittelthüringen**, Gebäude und ca. 60 ha Land für ökologische Produktion, Möglichkeiten der Direktvermarktung, Vorteile durch vernetztes Konzept und Förderverein, an qualifizierten, engagier-

ten und kooperationsfähigen Landwirt zu verpachten. Ausführliche Bewerbungen (gar. zur.) an **Chiffre 3/97-3**

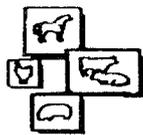
- Kleiner **Demeter-Vollerwerbsbetrieb** (20 ha Pachtland) im nördlichen Hessen sucht neue Eigentümer. Der Hof mit Holzofenbäckerei, Käseerei (9 Kühe), Gemüsebau und Direktvermarktung soll mit Tieren und Inventar abgegeben werden. Unsere Preisvorstellung beträgt 295.000,-DM. **Chiffre 3/97-4**
- Frau (35) - l.d.w. Vorbildung - mit Sohn (10) sucht **Einstieg in prakt. biol. Ldw.**, Milchvieh bevorzugt, entweder in bestehendes Projekt oder mit risikofähigen realistischen Menschen für gemeinsamen Neuanfang in den nördlichen Bundesländern. **Chiffre 3/97 - 5**
- **418 land und forstwirtschaftliche Objekte** stehen in Deutschland u.a. zur Versteigerung; Unterlagen von Verlag ☎ 08546/1400

Tiermarkt

- Verkauft laufend beste **Arbeitspferde** in jeder Preisklasse Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551/63609

TIERGERECHTER STALLBAU

Beratung, Planung und Betreuung durch
Unabhängiges Beratungsbüro
Dipl. Ing. agr. Bodo Bertsch
Telefon 0551 - 22731



Ökolandbau: Landwirtschaft mit Zukunft!

bio-land – die Fachzeitschrift für den ökologischen Landbau, sagt Ihnen, was Sie schon immer über die Wirtschaftsweise der Bio-Bauern wissen wollten

- umfassend und praxisnah
- zweimonatlich
- für 48,- DM im Jahr



Ihr kostenloses Probeheft liegt bereit bei:

Bioland e.V.
Nördliche Ringstr. 91
73033 Göppingen
Tel. 07161/91012-17
Fax 07161/91012-8

Veranstaltungskalender

AbL Schleswig-Holstein Landesversammlung

Do. 20. März 1997, 20.00 Uhr im Hotel Conventgarten in Rendsburg

Der „neue“ AbL-Bundesvorsitzende, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, und der Bundesgeschäftsführer der AbL, Georg Janßen, werden über die aktuelle agrarpolitische Diskussion im Lande und über die Aktivitäten der AbL berichten. Interessenten sind herzlich eingeladen.
Info: Karin Hammerschmidt, Winderatt, 24966 Sorup, ☎ 04635-2745

„Non-Food-Agrobusiness“ – Nachwachsende Rohstoffe und Gentechnik

21. - 23. März 1997, Jugendgastehaus Aasee Münster

Ob nun Rapsöl für den Tank oder Plastik für den Kartoffelsack - in zunehmendem Maße werden die nachwachsenden Rohstoffe für die Gentechnik interessant. Oftmals erlaubt erst der Einsatz dieser Technologie die Züchtung der Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen an die Anforderungen der verarbeitenden Industrie. Aktuelle Entwicklungen in den Bereichen Ölo (Raps, Soja), Stärke (Kartoffel, Mais), Enzyme und Genefarming (Tiere als Bio-eraktoren) werden näher behandelt.
Info: Ökologie-Stiftung NRW, Huckarder Str. 12, 44147 Dortmund, ☎ 0231-7214082, Fax: -7214085

AgrarBündnis-Mitgliederversammlung

14. - 15. März 1997, Bad Honnef

Die erste Mitgliederversammlung des AgrarBündnis in diesem Jahr. Auftakt zum Schwerpunkt-Thema der nächsten Zeit: Was ist mit den Tierarzneimitteln und Hormonen?

Info: KUB, Drachenfelsstraße 23, 53604 Bad Honnef-Rhondorf, ☎ 02224-3037, Fax: 02224-3039

ÖKORING-Messe

6. März 1997, 9.00 - 17.00 Uhr, Stadthalle Walsrode

„Alles für den Öko-Landbau“ zeigt diese Fachausstellung für Landwirte und Gärtner mit Ausstellern aus den Bereichen ökologischer Pflanzenbau, ökologische Tierhaltung, Direktvermarktung, Bio-Vermarktung, Anbauverbände und Beratung. Daneben gibt es Praxisberichte über Erfahrungen mit der Direktvermarktung.
Info: Versuchs- und Beratungsring Ökologischer Landbau Niedersachsen e.V., ☎ 05161-80044, Fax: -71553

Biogas-Lehrfahrten

7./8. und 21./22. März 1997, jeweils mit dem Bus ab Würzburg Hbf.

Diese beiden Lehrfahrten bietet der Fachverband Biogas e.V. an, die zu 9 Biogasanlagen im Gebiet Hohenlohe/Franken südlich von Würzburg führen. Die Anlagen verarbeiten unterschiedliche Substrate (Mist, Gülle, Bioabfall, Essensreste) mit charakteristischer Technik.

Info: Fachverband Biogas, Am Feuersee 8, 74592 Kirchberg/Jagst, ☎ 07954-1270, Fax: -1263

Faire Banane im (Super-) Markt – Chancen, Risiken

7. - 9. März 1997, Jugend-Hotel Nürnberg
Tagung der „Kampagne für Bananen aus fairem Handel“. Steht der Bananenhandel am Scheideweg und welche Chancen

hat die „faire Banane“ auf dem kommerziellen Markt, welche Erfolgsaussichten hat eine Allianz zwischen konventionellem und fairem Handel?

Info: Banafair, Langgasse 41, 63571 Gelnhausen, ☎ 06051-16350, Fax: -16260

Antibiotika im Fleisch

10. März 1997, 13.00 - 18.00 Uhr, Altes Wasserkwerk, Besuchersaal, Hermann-Ehlers-Str. in Bonn

Fachgespräch der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Kooperation mit Bioland, in dem die Risiken des Einsatzes von Futterzusatzstoffe und Tierarzneimitteln für Mensch und Tier dargestellt und über mögliche Handlungsstrategien diskutiert werden sollen.
Info: Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Gerhard Schepper, ☎ 0228-1648941

Ernährung ohne Gentechnik

10. - 12. März 1997, Ev. Landjugendakademie Altenkirchen

Worauf ist bei Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln zu achten, damit diese ohne Gentechnik hergestellt sind? Erarbeitung von Anforderungsprofilen für verschiedene Stufen der Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln.
Ev. Landjugendakademie, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen/Westerwald, ☎ 02681-95160, Fax: -70206

Land im Umbruch

17. - 19. März 1997, Ev. Landjugendakademie Altenkirchen

Die Veränderung von Sozial- und Arbeitsstrukturen im ländlichen Raum und ihre Konsequenzen für das Lebens auf dem Lande. Konzepte für die Entwicklung ländlicher Räume in der Diskussion.
Ev. Landjugendakademie, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen/Westerwald, ☎ 02681-95160, Fax: -70206

Was bringt der Euro für die deutsche Landwirtschaft?

17. März 1997, Landjugend-Akademie Bonn-Röttgen

Agrarpolitische Fachtagung des Deutschen Bauernverbandes in Kooperation mit dem ifo Institut München. Ziel der Tagung ist es, Antworten und Lösungen auf die Probleme der Einführung des Euro für die Landwirtschaft aufzuzeigen. Dazu referieren Vertreter aus Politik, Wissenschaft und dem Bankenbereich.

Info: Deutscher Bauernverband, Godesberger Allee 142-148, 53175 Bonn, ☎ 0228-919290, Fax: -9192930

Unfruchtbarkeit – wie stark bedrohen Umweltgifte unsere Zukunft?

18. - 19. März 1997, Kultur- und Kongreßzentrum Liederhalle, Berliner Platz 1-3, Stuttgart

In den USA ist eine heftige Diskussion darüber entbrannt, wie stark Chemikalien, die über Kunststoffverpackungen, Düngemittel und Pflanzenschutzmittel in unsere Umwelt gelangen, die Zukunft der Menschen und anderer Lebewesen bedrohen. Immer mehr Studien weisen darauf hin, daß die Menschen zunehmend unfruchtbar werden.

Info: Akademie Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg, Frau Wetzel, Pf. 103439, 70029 Stuttgart, ☎ 0711-126-2812, Fax: -253

Tiergesundheit – Perspektiven für das kommende Jahrzehnt

20. - 21. März 1997, Haus Villigst, Iserlohner Str. 25, 58239 Schwerte

Symposium der Akademie für Tiergesundheit e.V., auf dem die „veterinärpharmazeutische Industrie im Parallelogramm der Kräfte“ diskutiert wird, so der Titel eines Vortrages. Die Beiträge der Tagung greifen die Schlagzeile der (kritischen) gesellschaftlichen Diskussion auf und beleuchten sie von der Seite der „Praxis“ aus Wissenschaft und Anwendungsforschung.

Info: Akademie für Tiergesundheit, Pf. 260164, 53153 Bonn, ☎ 0228-318293

Ökologische Pflanzenzüchtung und biologische Vielfalt

4. - 5. April 1997, Wasserschloß Mitwitz, Oberfranken

Die Arten- und Sortenvielfalt unserer Kulturpflanzen zu erhalten und zu entwickeln ist ein vordringliches Ziel der ökologischen Pflanzenzüchtung. Ziele und Methoden der ökologischen Pflanzenzüchtung soll in diesem Seminar dargestellt und diskutiert werden.

Info: Ökol. Bildungsstätte Oberfranken, Wasserschloß Mitwitz, Unteres Schloß, 96268 Mitwitz, ☎ 09266-8252, Fax: -6443

Regionale Vermarktung von Agrarprodukten

4. - 6. April 1997, Ev. Landjugendakademie Altenkirchen

Landwirtschaftliche Erzeugnisse in der Region zu vermarkten bedeutet sowohl ökologische Vorzüge durch Einsparung von Transport- und zum Teil auch Vermarktungsaufwand, bietet Verbrauchern bessere Transparenz über die Produktion und Herkunft der Lebensmittel und kann dazu beitragen, das Einkommen in der Landwirtschaft zu verbessern. Welche Möglichkeiten die regionale Vermarktung bietet, soll auf diesem Agrarforum der EJA ausgelotet werden.

Ev. Landjugendakademie, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen/Westerwald, ☎ 02681-95160, Fax: -70206

Landwirte in der EU – Perspektiven bäuerlicher Betriebe

11. - 13. April 1997, Ev. Landjugendakademie Altenkirchen

Die aktuelle EU-Agrarpolitik und die sich daraus ergebende Markt- und Preissituation hat weitreichende Konsequenzen für Bäuerinnen und Bauern. Wie können Betriebe unter diesen Bedingungen bestehen und ökonomisch erfolgreich wirtschaften?

Ev. Landjugendakademie, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen/Westerwald, ☎ 02681-95160, Fax: -70206

Messe für Direktvermarktung

20. - 22. April 1997 in Fulda

„Hof & Markt“ heißt die neue Messe für Direktvermarktung und Urlaub auf dem Bauernhof, die der Landschriften-Verlag Bonn, Mitinitiator der Fördergemeinschaft Einkaufen auf dem Bauernhof, und das Unternehmen Produkt + Markt, Wallenhorst, veranstalten.

Kontakt: Hof & Markt, Heerstr. 73, 53111 Bonn, Frau Jordan, ☎ 0228-631284

AbL Baden-Württemberg

Milchmarkt 2000

**Zukunftsweisende Projekte vor Ort
und Konzepte aus der Politik**

So., 16. 03.97, 11.00 – 16.00 Uhr,
Gasthaus „Hirsch“ in Christazhofen, 88260 Argenbühl

- 11.00 Uhr Milchmarkt 2000 – wie kann bäuerliche Milcherzeugung erhalten werden?
Wolfgang Reimer, 2. Bundesvors. der AbL, Bauer in Gaildorf-Reipersberg
- 13.30 Uhr Milcherzeugergemeinschaften – Marktmacht macht Mehrwert
Hans Epp, Bauer in Kempton-Leupratried
- 14.45 Uhr Hofkäserei – Mehrwert durch Mehrarbeit
Rainer Bauer, Bauer in Leutkirch-Friesenhofen

Vor der Veranstaltung „Milchmarkt 2000“ findet am gleichen Ort die **Mitgliederversammlung der AbL Baden-Württemberg e.V.** statt. Alle Interessenten sind dazu eingeladen. – **Beginn: 9.30 Uhr.**

Anmeldung bis 9.3.97 an Dr. Andreas Gnekow-Metz, ☎ 07942-941482, Fax: -941484

Gipfel erklimmen...



... das nehmen sich immer mehr AbL'lerInnen und Freunde der AbL vor, denn diese Gipfel im schweizerischen Engadin warten für eine Woche lang gratis auf die-/denjenigen, die/der bis zum 10. November 1997 ein neues AbL-Mitglied geworden hat und dann per Los gekürt wird. Die Namen aller Mitglieds-WerberInnen kommen dazu in einen Topf (dazu bitte auf dem jeweiligen Mitglieds-Coupon den/die Werber/in deutlich vermerken!), wobei der Name auch mehrmals in den Topf gelangt, wenn denn auch mehrere Mitglieder gewonnen werden. Gelost wird auf der AbL-Mitgliederversammlung Ende November 1997 in Altenkirchen.

Ich werde Mitglied in der



Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte Mitglied in der AbL werden
- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von DM 150,-
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von DM 200,-
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von DM 200,- DM 250,- oder DM _____ zu zahlen.
- Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von DM 50,- (Nachweis füge ich bei)
- Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von DM 100,-

Mitgliedsadresse:

Name Vorname

Straße PLZ, Ort

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung (Dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-)
- Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme: ja nein
- Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen)

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die AbL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet. Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der AbL widerrufen werden.

Unterschrift Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48476, Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Friedhelm Stodieck, Ulrich Jasper: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Teil. 05242/48185, Fax: 05242/47838 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** DM 60,- jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • Bestellungen, Adreßänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185 Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 Satz: StadtBlatt Verlags GmbH, Bielefeld • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Winderatt, 24966 Sörup, ☎ 04635/2745, Fax: 04635/1299
Plön: Matthias Stührwoldt, ☎ 04326/679
Schleswig: Detlef Schmidt, ☎ 04627/1045
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 26937 Stadland 3, Seefelder Außendeich 26, ☎ 04734/577
Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Hans-Martin Clobes, ☎ 05504/432

Nordrhein-Westfalen

Landesverband Westfalen: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax 05242/47838
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorff, ☎ 02307/62281, Christian Geue, ☎ 02381/401334
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Dorothea Hesse, ☎ 05275/8240
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Laubacherweg 2, 55471 Neuerkirch ☎ 06761/13558, Fax: 06761/13568
Regionalverband Eifel: Bitburger Str. 2, 54636 Niederweiler
Eifel: Alfred Hauer, ☎ 06569/7284
Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Johanniter Str. 39, 78333 Stockack, ☎ 07775/7337
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Dieter Kolb, ☎ 07947/7789
Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/91910
Oberschwaben: Erika Laux, ☎ 07572/3325
Schwarzwald-Baar: Edgar Schmieder, ☎ 07724/1609
Neckar-Odenwald-Kreis: Meinrat Rödel, ☎ 06281/1665
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07852/1882

Bayern

Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Bayerisches Oberland: Hans Pischeltstrieder ☎ 08178/5478; Franz-Josef Grenzbach, ☎ 08809/603
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Bogen (Bayerischer Wald): Hermann Ettl, ☎ 09963/1590; Martin Wiethaler, ☎ 09967/9697
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480

Studentengruppen

Hohenheim: Steffi Graf, Reginenstr. 25, 70597 Stuttgart-Degerloch
Bonn: Thomas Kalbhenn, Weierstr. 36, 50534 Hürth, ☎ 02233/16193
TUM-Weihenstephan: Ruth Heidecke/Axel Wurth-Heidecke, Vöttinger Str. 49-123, 85354 Freising/WHST. ☎ 08161/7896 Fax 08161/713105

Geschäftsführer: Georg Janßen, Schillerstr. 11, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reippersberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718

WFD/AbL-Inlandprojekt: Karin Hammerschmidt, Winderatt, 24966 Sörup, ☎ 04635/2745, Fax 04635/1299

AgrarBündnis e.V., GF: Lipschitzstr. 22, 53121 Bonn, ☎ 0228/624966, Fax 0228/797655

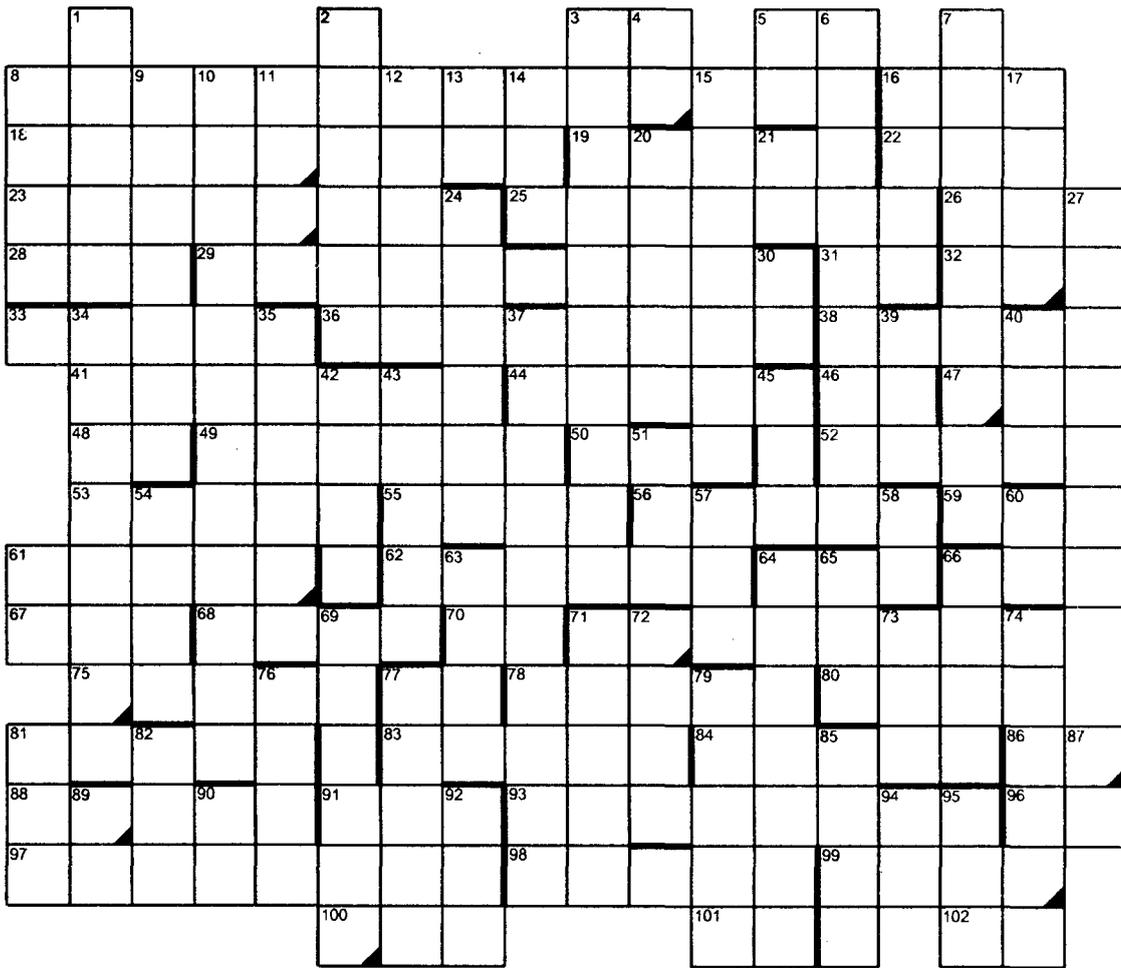
Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960

Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue Stevin 115, B-1040 Brüssel, ☎ 00322/2300776, Fax 00322/2300348

Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax: 05242/47838

Projektbüro Hanf, Haus Düsse, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133

Rätselhaft – 2. Versuch



Die Bauernstimme deckt Rätsel auf“ hieß es auch im letzten Abo-Coupon auf dieser Seite. Daß wir jedoch an dieser Stelle zunächst einmal unser eigenes Rätsel „aufdecken“ müssen, war damit nicht gemeint. Von lebhaften Versuchen, unser Rätsel zu lösen, haben wir gehört und gelesen. Doch sie mußten allesamt erfolglos bleiben, denn – es sei uns verziehen – wir hatten vergessen die notwendigen Zahlen in das Rätsel einzutragen. Da half es auch nicht, in der Bauernstimme nach möglichen Hinweisen zu suchen und/oder tiefere Absichten zu vermuten. Da wir es aber zu einfach finden, jetzt das Lösungswort schlicht nachzureichen, haben wir es erneut in ein Rätsel gepackt. Es ergibt sich, wenn mensch die Buchstaben in einem Kästchen mit schwarzem Dreieck in der rechten unteren Ecke im Rätsel von unten nach oben liest.

Und nun viel Spaß beim zweiten Versuch: mal geradeaus gedacht, mal um die Ecke und mal schräg.

Waagrecht: 8 Kneipe in der Provinz 16 Schwanzlurch 18 ausgestorbene, wilde Stammform unserer Hausrindrassen 19 Keiler 22 fidel die fidel... 23 dieser Hof kann auch Schmidt gehören 25 Autor von „Krieg und Frieden“ 26 Qualitätsnorm ohne Aussage über Produktqualität (Abk.) 28 derb 29 hält alles kurz in Schrift fest 31 Hirn ohne „ir“ 32 diese Organisation muß ins All gehen, um noch mehr zu verhandeln (Abk.) 33 aus dem hohlen ... 36 Fahrzeuge vor roten Ampeln verfallen in diesen Zustand 38 Räume mit diesem Zusatz sind für Menschen im allgemeinen unerträglich, für Lagerhalter oft Goldgruben 41 gerne geschieht es mit Steuern und Abgaben 44 Gemeinde zwischen Dorsten und Borken in Westf. (müssen auch überzeugte „Regionalisten“ nicht kennen, paßt hier aber so schön) 46 Ausruf des Erstaunens 47 „Vorname“ der bras. Stadt Paulo 48 dieses Autokennzeichen fährt der Bundesgeschäftsführer der AbL 49 rundes, plattes Backwerk sowie Kot des Rindviehs 50 dem Mitteleuropäer schlägt diese Stunde (Abk.) 52 wie ein Puter 53 Marmelade ohne Fruchtstücke 55 die Wurst hat zwei 56 „Produkt“ eines Werkes der Ev. Kirche von Dt. 59 ein Mainzelmännchen 61 Pflanzen in 100% Wasserfeuchte 62 zur Zucht auswählen 64 das Heim des Fuchses 66 Gewässer 67 meistens nicht nachts verrichtetes 'Werk' 68 Ökoverband in den neuen Bundesländern (Abk.) 70 werbender Wirbel (Abk.) 71 28 Jahre

„Spitze“ sind genug 75 Brühbehälter für Trockenpflanzen 77 im Auftrag (Abk.) 78 Lippe von Tieren 80 US-Vizepräsident 81 in Bethlehem berühmt, um Oldenburg berüchtigt 83 der ... aus dem Norden, Schnaps 84 wenn die zweite unbekannte Größe (math.) sich mit Beton verbindet 86 Autokennzeichen von Remscheid 88 Unterwelt 91 Verwahranstalt für exot. Tiere 93 Chaos in der Hütte, Schimpfwort 96 Verordnung (Abk.) 97 derzeit außerplanmäßig zu Tausenden getötet 98 weibl. Pferd 99 engl.: sicher 100 bringt Form ins Haar 101 ihr Gegenstück 102 ... und für sich
Senkrecht: 1 Wo „ER“ dran statt drin sitzt 2 dieser „Deutsche“ steht steinern in Hamburg 3 Gründer und Vorsitzender des ersten westfl. Bauernvereins von 1871 4 fast „alles Käse“ in diesem Bergland (Abk.) 5 engl.: wenn 6 mit Erntegut gefüllter Hohlkörper mit menschlichem Antlitz 7 schweres Kleidungsstück 8 hier spuckt es tierisch 9 freundschaftliche Gesinnung 10 dieser „ungehobelte Mensch“ treibt Körner aus 11 vielfach hier gesucht 12 zweitlängster frz. Fluß 13 Trockensubstanz (Abk.) 14 mehrere ersetzen die Tischdecke 15 Zierat 16 Spitze der nord. Götterwelt 17 als Schimpfwort mißbrauchter wertvoller Dünger 20 jecker Schlachtruf um den Dom 21 latein.: und 24 die Ökobilanz schädigendes Haaretrocknen 27 wissenschaftliche Eierei 30 Rinderrasse (Abk.) 34 geschmeidig wie ein

Fisch im Wasser 35 Tochter des Zeus 37 ein bürokratisches Papier im Kreisverkehr 39 größte europ. Eule 40 weiß war er ein Kinohit 42 zotteliger Hauptstadtbewohner 43 Einkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler (Abk.) 45 eine Verordnung mit diesem Zusatz signalisiert Tatendrang 51 nur zu zweit akzeptiert 54 wenn's krümelt und bricht liegt hier kein „Ernährungsfehler“ zugrunde 57 Intern. Vereinigung zur Förderung nachw. Rohstoffe/Energieträger (Abk.) 58 dieses „Haus“ ist Hoffnung für die einen, „das Übel“ für die anderen (Abk.) 60 Maßeinheit für tierische Stoffwechselprodukte (Abk.) 61 nicht mehr zulässige Maßeinheit für „dicke Luft“, auch Teil der Bibel (Abk.) 63 schmückendes Mineral 64 vorm Kopf störend, unter den Füßen die Welt 65 1883 als „Dt. Edison-Gesellschaft für angewandte Elektrizität“ gegründet (Abk.) 66 letzte Ruhestätte 69 nur 71 Prov.-Hptst. in NW-Afghanistan 72 Rankgewächs 73 dt. Schriftsteller 74 von Bürokraten bei BürgerInnen oft begangenes „Gelände“ 76 Frauen- und Flußname 77 auf Holz gemaltes oder geschnittenes Tafelbild 79 durch Membran abgeschlossener Hohlraum mit flüssigem Inhalt 81 Notruf 82 Arbeitskraft pro Stunde (Abk.) 85 nasse Stelle in Trockengebieten 87 ... und nicht anders 89 Rinder-Club (Abk.) 90 unseres Wissens (Abk.) 92 wertvoller Schmier 94 Los Angeles (Abk.) 95 diese Anstalt bietet Sicherheit auf dem Papier (Abk.)

UNABHÄNGIGE Bauernstimme: deckt Rätsel auf

- Zutreffendes bitte ankreuzen
- Ich möchte die UNABHÄNGIGE BAUERNSTIMME abonnieren (DM 60,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, Arbeitslose, Schüler und Studenten der Abo-Preis auf DM 50,- gesenkt werden.
 - Ich möchte die UNABHÄNGIGE BAUERNSTIMME zum Preis von DM 30,- bzw. DM 60,- für 6 oder 12 Monate verschenken.

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers oder Adresse der Werberin

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck (dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-)
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung (dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-) Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, daß ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angaben von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnementin / des Abonnenten Datum Beruf

(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Marienfelder Straße 14 oder FAX 05242-47838